

SYNDIKALIST

**DIE BEFREIUNG
DER ARBEITERKLASSE
MUSS DAS WERK DER
ARBEITER SELBST
SEIN!**

ORGAN DER FREIEN ARBEITER-UNION DEUTSCHLANDS (ANARCHO-SYNDIKALISTEN) - ANGESCHLOSSEN AN DIE INTERNATIONALE ARBEITER-ASSOCIATION

Hervorgegangen aus der „Einigkeit“, die am 8. August 1914 nach 18jähr. Bestehen verboten wurde. — Abonnementspreis durch die Exped. unter Kreuzband monatlich für In- und Ausland 0.60 RM. — Postabonn. vierteljährl. 2.— RM. ohne Bestellgeld. — Redaktionsschluß: Montag

Verantwortl. Redakteur: HELMUT RÜDIGER, Berlin. — Verlag: Fr. Kater, Berlin O 34, Warschauer Str. 62. — Tel.: Andreas 3069
Telegr.-Adr.: Syndikalist-Berlin. — Postsch.-Kto.: Berlin 138925

X. Jahrgang

Berlin, 13. Oktober 1928

Nr. 41

Sozialistische Streikziele!

Erinnerung an das Sozialistengesetz / Femeprozesse / Ein toller Streich / Der ADGB. als Teno!

Auch-„Genossenschaftler“

700 Mark Monatsgehalt ist ihnen zu wenig!
Das sozialdemokratische Genossenschaftswesen ist schon insofern als völlig unsozialistisch zu bezeichnen, als im Rahmen dieser Organisation den sämtlichen Mitarbeitern der Genossenschaft die verschiedensten reich gestarrten Löhne und Gehälter gezahlt werden, wie in jedem kapitalistischen Unternehmen auch.

Die Düsseldorfer „Freiheit“ meldet einen ganz besonderen Fall, der die Zustände bei sozialdemokratischen Konsumvereinen recht deutlich zeigt. Die Vorstandsmitglieder des Allgemeinen Konsumvereins Düsseldorf sollen nämlich beim Arbeitsgericht Klage gegen den Aufsichtsrat erhoben und gefordert haben, daß ihnen dieselben höheren Gehälter gezahlt werden wie in anderen Städten. Diese Vorstandsmitglieder bekamen bisher je 8400 M. im Jahre und verlangen nun 10—12000 Mark.

So ist's recht! Kann in einer Konsum- oder Produktivgenossenschaft auch nur eine Spur von Sozialismus vorhanden sein, wenn die innere Organisation Einkommensspannen von 10 000 M. bis zum gewöhnlichen Hilfsarbeiterjahreslohn aufweist? Steht und fällt nicht der Sozialismus und jeder sozialistische Eigenbetrieb schon heute mit dem gleichen Lebensanspruch und Lebensrecht für alle?

Die ganze sozialdemokratische Bewegung ist eine gewöhnliche Karrieregelegenheit für kapitalistische Konjunkturmenschen geworden!

Der Werftstreik

Macht ihn sinnvoll durch wahrhaft sozialistische Forderungen.

Die Tatsache, daß es auf den deutschen Seeschiffswerften zur Arbeitsniederlegung von 50 000 Werftarbeitern gekommen ist, ist immerhin recht bedeutsam. Solche Kämpfe sind in Deutschland ziemlich selten geworden, und wir Syndikalisten haben alle Ursache, uns mit ihnen zu beschäftigen und zu sagen, wie eine Streikaktion aussehen und was sie für Ziele haben muß, um erfolgreich zu sein.

Die Werftgewaltigen gingen gleich in den ersten Tagen dazu über, den streikenden Arbeitern ihre Entlassung mitzuteilen. So handelte die berühmte Firma Blohm und Voß in Hamburg gegenüber 11 000 Arbeitern, und die vier Großwerften in Kiel kündigten ebenfalls über 11 000 Mann. Als verfügbare Arbeitskräfte sind nur noch vorhanden die Vorarbeiter, Dockmeister, Lehrlinge und Arbeiter über 60 Jahre, die

von der Teilnahme am Streik durch die Zentralverbände entbunden

worden sind. Der Streik macht sich bereits insofern bemerkbar, als schon Fälle zu verzeichnen sind, in denen Schiffe, die in Hamburg repariert werden sollten, nach ausländischen Häfen umgeleitet worden sind. Hier muß es zunächst einmal unbedingt die Aufgabe der

Militärische Phantasie

Wie General v. Watter per Fernzündung die Franzosen vernichten wollte.

Wohin sich die Gedanken eingeschwo-rener Militaristen zuweilen zu versteigen pflegen, zeigt ein Fall, der neulich durch den bekannten Krach im Jungdeutschen Orden ans Licht kam.

Der Ordensmeister Mahraun vom Jungdeutschen Orden hatte eine Broschüre über innere Gegensätze in der nationalen Bewegung Deutschlands veröffentlicht. Infolge dieser Publikation wurde unter anderem bekannt, welch genialen Plan der General von Watter im Jahre 1923 gegen die Franzosen ausgeheckt hatte. Er wollte nämlich damals

sämtliche französischen Munitionslager mittels drahtloser Fernzündung in die Luft sprengen.

Als dann sollte an den dadurch waffen- und wehrlos gewordenen französischen Ruhrbesatzungstruppen eine „sizilianische Vesper“ (die Bezeichnung für die Niedermetzelung der Franzosen auf Sizilien im Jahre 1282) veranstaltet werden.

Natürlich kam der Plan des Herrn Generals nicht zur Ausführung. Und zwar aus dem Grunde, weil die Franzosen niederträchtigerweise darauf verzichteten, an ihren Munitionslagern auch

entsprechende Antennenanlagen anzubringen und die dazugehörigen Empfangsstationen; ohne solche hätte nämlich das Experiment keine Aussicht auf Erfolg gehabt. Der gescheite Plan hatte also sozusagen eine kleine strategische Lücke . . .

Im Anschluß hieran erließ der General eine an Schimpfereien reiche Erklärung gegen Mahraun, ging aber auf seinen Fernzündungsplan nicht weiter ein. Er hat wohl das richtige Gefühl, daß er seine Blamage dadurch nur hätte um so größer machen können!

Femeprozesse

Sie wollen Briand kein Material mehr liefern.

Vor dem Berliner Landgericht wurde vor kurzem ein Fememordprozeß gegen den ehemaligen Oberleutnant Reim durchgeführt. Reim bekam wegen Beihilfe zum Morde drei Jahre Zuchthaus.

Der Haupttäter, der berüchtigte Feldwebel Büsching, befand sich im Auslaad und konnte nicht gefaßt werden. Nach der Urteilsfällung wurde Reim außerdem sehr schnell entlassen, da er nur noch 11 Monate zu verbüßen habe und

Fluchtverdacht nicht mehr vorliege. So werden Faschisten von der deutschen Justiz behandelt!

Der „Verrat“, für den das Opfer des Reim meuchlerisch getötet wurde, bestand lediglich in Diebstählen von Ausrüstungsgegenständen und Kantinenwaren. Die Fememordprozesse brachten, und so auch dieser letzte, immer allerlei Interessantes über die Zusammenhänge zwischen der offiziellen deutschen Geheimrüstung und den faschistischen Verbänden ans Tageslicht, Dinge, auf die auch Herr Briand in Genf mit Recht hinwies.

Daraufhin fordert die Hugenbergsche „Nachtausgabe“, Berlin, unter der Überschrift „Gefährliche Prozesse“ vollkommene Einstellung der „Fememordprozesse“. Warum? Weil durch diese Prozesse dem Auslande Material über Dinge geliefert werde, die im Interesse der deutschen militärischen Pläne geheim bleiben müßten. Anerkennd erwähnt man, daß im Stettiner Fememordprozeß durch eine einsichtsvolle Prozeßleitung „der letzte Schleier . . . nicht gelüftet“ wurde, da sich auch ein polnischer Konsul im Zuhörerraum befunden habe. . . . Wir kennen ja unsere Gerichte. Sie stehen in ihrem Innersten immer auf Seiten der faschistischen Mörder, auch wenn sie in Einzelfällen die Taten dieser Leute verurteilen müssen. Um so mehr Grund für die Arbeiterschaft, den geheimen Zusammenhängen, die oft bei solchen Gelegenheiten zutage treten, größte Aufmerksamkeit zu schenken!

Ehre sei Gott in der Höhe!

Nachdem festgestellt worden war, daß die Brauereien im letzten Jahre imstande waren, 15—20 Prozent Dividende zu verteilen, hat der Präsident des Deutschen Brauerbundes in München eine Festrede bei einer Brauerversammlung mit den Worten geschlossen: „Gott hat großes an uns getan, Ehre sei Gott in der Höhe!“

Da sieht man es doch wieder einmal, daß Brauindustrie und Kirche zusammengehören!

Werftarbeiter in England, Holland, Belgien und Frankreich sein, jede ihnen zugemutete Streikarbeit abzulehnen.

Hier zeigt sich aber gleich wieder einmal der Pferdefuß der sozialdemokratischen Gewerkschaftstaktik. Der Streik an sich wird von „unseren“ „unseren“ eigentlich schon völlig verstaatlichten Verbände nur noch als ein

Uebel aus einer überwundenen Zeit angesehen. Bricht gegen den gemeinsamen Willen der Unternehmer und der Gewerkschaftsführer dennoch ein Streik aus, und legen gar Zehntausende von Arbeitern ihre Arbeit nieder, so ist man ängstlich bemüht, den Streik zu beschränken und zu lokalisieren.

Auch die Tatsache, daß die Zentralgewerkschaften die Notstandsarbeiten und damit gewissermaßen die Funktionen der berüchtigten Technischen Nothilfe übernehmen, ist bereits bezeichnend dafür, daß die Führer durchaus nicht gewillt sind, irgendwie radikal vorzugehen und das Kapital an seiner verwundbaren Stelle zu treffen. Im Streik geht es um die

Interessen der Arbeiter, und wenn er Erfolg haben soll, so müssen es die Arbeiter praktisch glatt ablehnen, auf die Interessen ihrer Gegner auch nur die geringste Rücksicht zu nehmen. Sonst bleibt jeder Streik eine Halbheit, und die Unternehmer können nicht auf die Knie gezwungen werden.

Desgleichen beweist gerade der deutsche Werftstreik noch etwas anderes. Der moderne Kapitalismus besteht nicht mehr aus von einander isolierten Einzelunternehmungen, sondern zwischen den großen Firmen vor allen Dingen sind nicht nur im Rahmen eines Staatsgebietes, sondern darüber hinaus

internationale Verbindungen geschaffen

worden, die es den Ausbeutern erlauben, ernsthaft Streikschiaden immer so auszugleichen, daß man die in beschränktem Rahmen streikenden Arbeiter sich ohne Sorge ausbluten lassen kann, bis sie gewillt sind, auch unter den schändlichsten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Das gilt heute für fast alle Industriezweige, weshalb eine wirklich revolutionäre Gewerkschaftstaktik nur darin bestehen kann, die Basis für jeden Streik so groß wie irgendmöglich zu wählen und darüber hinaus diejenigen Industrien, die mit dem Arbeitsgang der bestreikten Branche zusammenhängen, mit in die Aktion einzubeziehen. Genau das Gegenteil aber wollen die Führer der Zentralgewerkschaften.

**Beilage: Ein Winterabend
Zwei Kongresse**

In dem jetzigen Werftstreik sind diese Zusammenhänge noch viel klarer. Die Werftindustrie ist ihrem ganzen Charakter nach noch viel weniger national als es andere Branchen sind, da ihre Lage, ihr Standort an den Küsten des Meeres sie von vornherein in engste Beziehung setzt zu den ebenso gelegenen Werften des im Umkreis befindlichen ausländischen Werftkapitals. Ein Werftarbeiterstreik kann nur dann Erfolg haben, wenn er international zugleich geführt wird. Auch hier versäumen es die Zentralgewerkschaften, das Notwendigste zu tun. Zwar spricht man davon, auch in der sozialdemokratischen Presse, daß die ausländischen Werftarbeiter die Pflicht und Schuldigkeit hätten, Streikarbeit in der gegenwärtigen Lage nicht zu übernehmen. Wie es aber in dieser Hinsicht mit zentralgewerkschaftlicher praktischer Kampfsolidarität aussieht, dürfte noch in frischer Erinnerung sein aus der Zeit des

letzten großen englischen Bergarbeiterstreiks

wo unsere Zentralgewerkschaften ruhig zusahen, wie im deutschen Bergbau zahllose Ueberstunden geschoben und die Profite der deutschen Bergherren geradezu märchenhaft gesteigert wurden. Genau so würde es in diesem Falle im Auslande gehen. Die Aufgabe unserer syndikalistischen Propaganda wird es sein, diese Zusammenhänge überall, wo wir nur Gehör finden, klarzulegen und auf die Lächerlichkeit und Unsinnigkeit zentralgewerkschaftlich-sozialdemokratischer Streikführung hinzuweisen. Sagen wir den Arbeitern, daß wenn sie nicht bald von sich selbst dazu übergehen, die immer noch vorkommenden Streiks

im revolutionären Sinne zu verbreitern und zu vertiefen,

bald die Zeit da sein wird, in der es infolge der staatssozialistischen Einstellung der Partei- und Gewerkschaftsführer überhaupt keine Streiks und gar keine Möglichkeiten mehr geben wird, die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft durch Kampf zu verbessern. Der Staat im Bunde mit einer allmächtigen Gewerkschaftsbürokratie wird dann in der Lage sein, unter Ausschaltung jeglichen Dreinedens der Arbeiter in den Betrieben alle Arbeitsbedingungen zugunsten der Kapitalgewalt autoritär festzusetzen.

Und noch etwas anderes ist zu sagen. Wir Syndikalistinnen propagieren nicht nur andere Gewerkschaftskampfmethoden, sondern vor allen Dingen auch andere Kampfziele. Ziele, die

vom Geist des Sozialismus erfüllt

sein müssen. Wie wenig sozialistisch die deutschen Arbeiter in ihren Gewerkschaftskämpfen gerichtet sind, beweist ja gerade der gegenwärtige Werftarbeiterstreik. Kann es denn genügen, auch mit den radikalsten Kampfmethoden um bessere Löhne und kürzere Arbeitszeiten zu ringen, wenn die Arbeiterschaft sich dabei um

das Produktionsziel

nicht im geringsten kümmert, für das sie ihre Arbeitskraft nach beendeter Streik zu einem neuen Lohn und vielleicht bei verbesserter Arbeitszeit zur Verfügung stellt? Nein! Die Arbeiterschaft muß gerade in der gegenwärtigen Aktion und bei der heutigen politischen Lage auch praktische, positive Forderungen stellen in bezug auf die Produktion, zu der ihre Arbeitskraft benutzt werden soll.

Die Luft ist erfüllt vom Geschrei gegen den Panzerkreuzerbau. Und während man gerade noch in den aktivsten Kreisen der Arbeiterschaft Volksbegehren und Volksentscheid als die geeigneten

Mittel zur Verhinderung des Panzerkreuzerbaues proklamiert, denkt kein Mensch (und am wenigsten die Kommunistische Partei) daran, daß die streikenden Werftarbeiter nach dem Kampfe daran gehen werden,

diesen Panzerkreuzer herzustellen.

Am Bau dieses schwimmenden Sarges werden drei Firmen beteiligt sein: die Rheinmetall A.-G., die Deutschen Werke Kiel, A.-G., und die Friedrich Krupp A.-G. in Essen. Die Deutschen Werke werden den eigentlichen Schiffsbau auszuführen haben, während die Krupp-Werke hauptsächlich die Artillerie-Armierung besorgen sollen. Kann den streikenden Werftarbeitern das alles vollkommen gleichgültig sein?

Wenn die deutsche Arbeiterschaft auch nur im geringsten sozialistisch gesonnen wäre, so würde sie ihre Kämpfe nicht nur um bessere Löhne und Arbeitszeiten führen, sondern sie vor allen Dingen auch organisieren gegen solche Firmen, die (wie im vorliegenden Falle) Kriegsrüstungsarbeit leisten. Der Kampf der Werftarbeiter könnte in der gegenwärtigen Situation überhaupt nur Sinn haben, wenn er zugleich auf sämtliche Betriebe der Rheinmetall und die entsprechenden Betriebe der Firma Krupp ausgedehnt würde mit der Forderung,

die Arbeit am Panzerkreuzer aus dem Produktionsprogramm zu streichen.

Die Arbeit dürfte nicht wieder aufgenommen werden bei diesen Firmen, ehe die betreffende Forderung erfüllt ist!

Die Rheinmetall z. B. hatte in der letzten Zeit versucht, ihren Betrieb auf Lokomotiven, Röhren, Waggonbau und andere Produkte umzustellen. Womit man allerdings keinen besonderen Erfolg hatte. Da soll nun der Panzerkreuzer ein neues, gutes Geschäft abgeben.

Die Arbeiter mögen dieses Geschäft verhindern!

Sie allein sind dazu in der Lage. Und wenn nun die betreffenden Firmen dadurch wegen Auftragsmangel in eine neue schlimme Situation kommen sollten, die sich wiederum nur zum Schaden der Arbeiter auswirkt? Hier hängen eben konstruktive Gewerkschaftskampfziele, die eine sozialistische Produktionsänderung beziehen, mit den Gewerkschaftszielen im engeren Sinne bezüglich der Löhne und Arbeitszeiten zusammen. Die Verweigerung der Arbeit am Panzerkreuzer müßte zugleich mit der Forderung der

Herabsetzung der Arbeitszeit

bei den in Frage kommenden Firmen auf sechs Stunden verbunden werden, damit auch, wenn den Firmen dieser Auftrag verlorengeht, alle jetzt Streikenden wieder Beschäftigung finden.

Wir brauchen eine Durchdringung des Gewerkschaftsdenkens und der Gewerkschaftsarbeit in Deutschland mit praktischem sozialistischen Geiste. Für uns Syndikalistinnen ist gerade jetzt die Möglichkeit gegeben, unsere Forderungen im Anschluß an den Streik der 50 000 Werftarbeiter zu stellen und die deutschen Arbeiter aufzufordern, über die Zusammenhänge zwischen ihren Interessen, ihren Kampfmethoden und Kampfzielen tiefer nachzudenken, als es die Zentralgewerkschaftsführer zulassen möchten. Dann allein wird die Arbeiterschaft den Weg zum Sozialismus beschreiten und die ungeheure Aufgabe der Verwirklichung neuer sozialer Verhältnisse durch radikalen Gewerkschaftskampf und damit verbundene, konstruktive Beeinflussung schon der kapitalistischen Produktionsrichtung und Güterverteilung in Angriff nehmen können.

werkschaftsführern alle Macht über die Arbeiter in die Hände gibt. Die Zentralvorstände sind nicht davon abzubringen, daß eine Zentralkommission aus allen bei den Werften interessierten Organisationen „einheitliche“ Forderungen aufzustellen und zu vertreten hat. Und dabei hat sich der Ueberzentrismus für die Werftherren glänzend bewährt.

Die Zentralverbände selbst haben mit ihrem tariflichen Kollektivismus, der die Unternehmerinteressen mit umfaßt, die Probe aufs Exempel gemacht und sind auf den Werften im Lohn um 70 und 80 Prozent und bei der Arbeitszeit um 4 Stunden wöchentlich zurückgeblieben. Aber sie lassen nicht ab von dieser Verücktheit, denn sie sind sich mit den Werftherren dariu einig, daß der Betrieb nicht fortwährend durch Forderungen der Arbeiter „gestört“ werden darf.

Der vorhandene Arbeitsvertrag sichert den Unternehmern und den Gewerkschaftsführern die „Ruhe“ vor Arbeiterforderungen.

Es ist bei so miesen Zuständen selbstverständlich, daß sich die Arbeiter um die Werftarbeit herumzudrücken suchen, sobald sie vom Arbeitsnachweis dazu vermittelt werden. Darüber ein paar Zahlen für den Werftort Hamburg: Eine kleine Werft stellte innerhalb zweier Monate 312 neue Arbeiter ein und 215 liefen ihr in derselben Zeit davon. Ein mittlerer Betrieb hatte in einem Vierteljahr den Abgang von 1222 Leuten, und nur 23 davon wurden entlassen. Von einer Großwerft, die Neubauten auflegte, wissen wir, daß sie im Laufe eines Jahres 11 024 Arbeiter einstellte, und in derselben Zeit schieden 6680 freiwillig aus und 1870 wurden entlassen!

Der Arbeitermangel auf den Werften ist schon eine Kalamität wie bei den ostelbischen Junkern; nur finden die Werftbesitzer immer noch Reservoire indifferenten Arbeiter, die sie an die See schleppen lassen. Als ständige Inserenten sind sie im Reichsarbeitsanzeiger abonniert, und alle Arbeitsnachweise grasen sie ab. Sie schleppen immer neue Massen nach den Werftorten, die bald enttäuscht sind und dann das Erwerbslosenheer der Großstadt vermehren.

Es wäre die Hauptaufgabe der Gewerkschaften, durch unablässige Arbeitskämpfe erst einmal die Werftbesitzer zur Bewilligung der im Orte normalen Arbeitsbedingungen zu zwingen und so den rücksichtslosesten Raubbau an der Arbeitskraft zu verhindern. Aber daran hindert sie eben ihr schlechter Arbeitsvertrag.

Da die Zentralvorstände nur noch ungefähr zwanzig Prozent aller Arbeiter der Seeschiffswerften organisiert haben, ziehen sie hoffnungslos in den Streik, um den Rest zu retten, und fühlen keine Verantwortung für den sicheren Mißerfolg des Streiks.

Die staaterhaltenden Gewerkschaften führen heute Streiks nach derselben Taktik noch wie vor fünfzig Jahren, wo jeder Unternehmer allein stand. Sie leben immer noch in dem Wahn, daß mit Geldunterstützungen an die Arbeiter die Kapitalisten niederzuringen wären. Es ist aber in keinem Industriezweig das Unternehmerkapital so verflochten mit dem nationalen und internationalen Kapital wie in der Werftindustrie. Einmal sind Werften und Großeisenindustrie geldlich verflochten, dann sind die Reedereikonzerne das auf den Werften und der Eisenindustrie ruhende höhere Stockwerk. Und über dem ganzen Ausbeutermischmasch präsidieren die Banken. Als diesen Sommer die beiden 40 000-Tons-Dampfer „Europa“ und „Bremen“ für den Norddeutschen Lloyd vom Stapel liefen, teilte die Presse mit, daß diese Neubauten eigentlich ein Unternehmen bestimmter Banken seien, die gewisse Bankkreise im Auslande am deutschen Ueberseeverkehr interessieren wollen. Luxusfahrer sind nicht direkt wirtschaftlich einträglich, aber sie gelten als Reklame und bringen mittelbar guten Profit.

Auch die Zusammenlegung der Werften ist auf Veranlassung von Banken geschehen. Alte Werften, wie der Vulkan in Stettin und Teklenburg in Bremerhaven, sind dem Fusionsfieber zum Opfer gefallen und werden zurzeit abgerissen. Geschäftsorganisatorisch liegen die Dinge jetzt so, daß hinter der Aktiengesellschaft Weser in Bremen die Reederei Bremer Lloyd und hinter Blohm & Voß, Hamburg, die Hamburg-Amerika-Linie steht. Gegen welches Kapital also kämpfen die streikenden Werftarbeiter? Das weiß niemand genau. Man weiß nur, daß ihre Unterstützungsgroschen gar nichts gegen die Millionen bedeuten, auf die die Werftherren sich stützen können.

Beim englischen Kohlengraberstreik haben die deutschen Bergleute und die Verkehrsarbeiter Streikbrecherarbeit für das internationale Kapital geleistet. Die Arbeiter sind mit Hungerlöhnen abgefunden worden; aber besonders die deutschen Reeder haben Riesengewinne eingesackt. Dafür ließen sie Schiffe bauen. Und wenn nun die Werften ein ganzes Jahr stilliegen, dann fährt die christliche Seefahrt doch!

Die gewerkschaftlichen Zentralinstanzen haben die gute Konjunktur auf den Seeschiffswerften verstreichen lassen müssen,

da sie tarifvertraglich gebunden waren, und nun dürfen die Werftherren und Reeder dem Streik lächelnd zusehen.

Das in den Werftunternehmungen arbeitende Kapital dient auch nur zum kleinen Teil der deutschen Wirtschaft. So ist ja die Verbindung der Hapag, die hinter Blohm & Voß steht, mit amerikanischen Geldkreisen eine weltbekannte Tatsache. Die Konjunktur des Reederei- und Werftgeschäftes in Yokohama und in Hamburg ist darum immer die gleiche, weil das Kapital im Seeschiffsbau und in der Seeschifffahrt durchaus international ist.

Mit den alten Streikmethoden der Geldunterstützung ist dem internationalen Kapital nicht beizukommen, wenn natürlich solche Unterstützungen auch notwendig sind, damit die Streikenden durchhalten können. Hand in Hand mit der Geldunterstützung muß aber

die Solidarität der Tat

gehen.

Die deutschen Werftarbeiter können nur dann einigermaßen leidliche Arbeitsverhältnisse erzielen, wenn durch Solidaritätsstreiks der Verkehrsarbeiter die örtlichen Wirtschaftsgebiete stillgelegt werden, wo die Seeschiffswerften ihr Domizil haben. Das gilt besonders für Hamburg und Bremen. Das Werftkapital an sich ist unfalbar; aber das Kapital des ganzen Wirtschaftsgebietes, das die Streikenden beherbergt, kommt in große Not, wenn ihm die Lebensader, der Verkehr, unterbunden wird.

Gelingt es nicht, in Hamburg und Bremen die Hafentarbeiter für den Solidaritätsstreik zu gewinnen, dann ist der Werftarbeiterstreik auch dieses Mal wieder verloren.

Am 20. Mai 1928 bei den Reichstagswahlen wurde den Arbeitern versprochen, daß eine größere Arbeitervertretung in der Regierung und in der Gesetzgebung auch das Schlichtungswesen für die Arbeiter günstiger gestalten werde. Die Arbeiter haben sich wieder nasführen lassen und haben gewählt. Eine Reichsregierung unter sozialdemokratischer Führung ist das Resultat. Der Arbeitsminister, der über das Schlichtungswesen gebietet, ist Sozialdemokrat. Und wir fragen:

Macht es der Sozialdemokrat als Arbeitsminister anders als sein Vorgänger, der Zentrumsman war?

Beide dirigieren das Schlichtungswesen so, daß das Kapital keinen Schaden bei Streiks erleidet. Jede Partei, die in der Regierung sitzt, sorgt zuerst für das Gehehen der Ausbeutewirtschaft und für den Staat . . . und erst dann kommen die Arbeiter. Daran haben die Reichstagswahlen gar nichts geändert.

Man kann fragen, warum denn der Reichsarbeitsminister als Sozialdemokrat diesen Werftarbeiterstreik „zugelassen“ hat, da ja die Niederlage der Arbeiter gewiß ist? Der Grund dafür liegt in der Solidarität des Ministers mit den gewerkschaftlichen Zentralinstanzen. Sie „wollen“ den Streik, und er läßt ihn zu. Und wenn die Herrschaften gewahr werden, daß ihre Kassen zu sehr unter Unterstützungen leiden, dann wird der Arbeitsminister durch die Verbindlichkeitstrompete „das Ganze halt!“ blasen.

K. R.

Spanisches

In Spanien sind etwa 8000 Schulhäuser zu wenig. Dort bezieht der Volksschullehrer jährlich 500 Pesetas, jeder der 48 Bischöfe aber 22 000 Pesetas und jeder der 49 Erzbischöfe 45 000 Pesetas jährlich. Ein Erzbischof bekommt also so viel wie 90 Volksschullehrer zusammen. Um ihren Pfaffen diese Riesenzuwendungen bezahlen zu können, bezieht die Kirche aus dem Staatshaushalt 68 Millionen Pesetas, während sich zum Beispiel die Justizverwaltung mit 16 Millionen Pesetas begnügen muß.

Der Kampf der 50 000!

Unhaltbare Arbeitsverhältnisse — Werftunternehmer wie Reeder haben in Hamburg dieselben Interessen wie in Yokohama.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat über die deutschen Seeschiffswerften den Streik erklärt. Es haben am 1. Oktober etwa 50 000 Arbeiter die Betriebe verlassen; der Seeschiffsbau an der Nord- und Ostsee liegt still.

Es ist wieder ein „großer Kampf“ angesetzt, der um nichts geführt wird und zu nichts führen kann, denn das Objekt des Streiks sind wenige Pfennige Stundenloohnerhöhung und einige Minuten täglicher Arbeitszeitverkürzung.

Es ist ein Scheinkampf, der nicht um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geht, denn dafür wären die gestellten Forderungen zu gering; sondern den zentralen Gewerkschaftsführer lediglich und allein zulassen, um

nicht den letzten Rest ihrer Mitglieder auf den Seeschiffswerften zu verlieren.

Der kollektive Arbeitsvertrag hat auf den Werften ganz unmögliche Arbeitsverhältnisse geschaffen.

Die meisten gelernten Berufe haben in den Landbetrieben den Achtstundentag und müssen auf den Werften 52 Stunden wöchentlich arbeiten, und die Stundenlöhne dieser Arbeiter sind bis zu sechszig Pfennigen niedriger.

Wie konnte es zu diesem widersinnigen Zustand kommen?

Nun, das hat der „demokratische Zentralismus“ verschuldet, der den Ge-

Die Leiche im Korb

Eine recht anschauliche Erzählung, die wir der „Sonntagszeitung“ entnehmen. Diese kurze, in Rußland spielende, aber überall mögliche Geschichte beleuchtet drastisch die ekelhafte Gewohnheit mancher Presseorgane, auf die übelsten sexuellen Instinkte der Menschen zu spekulieren. Hier sollte das Arbeiterpublikum einen Strich durch die Rechnung solcher Spekulanten machen!

Im Waggon saßen fünfzehn Personen, fünfzehn Bürger — dicke und dünne, blonde und brünette.

Einige saßen neben den Fenstern und schöpften gierig frische Luft, andere wieder, ergeben wie zum Tode Verurteilte, schwitzten fürchterlich.

Der Sechzehnte trat ein und unterbrach mit einem Schläge das beklemmende Schweigen, das in dem Wagen herrschte.

Der Sechzehnte war — ein Zeitungsverkäufer. Ungezwungen, wie bei sich zu Hause, schrie er: „Neu—e Zeitung! Die Ereignisse in China!“

Die fünfzehn verharrten in ihrem bisherigen Zustand: die am Fenster schöpften Luft, die übrigen litten schwitzend.

Es schien, als schenkte niemand dem Neueingetretenen auch nur die geringste Aufmerksamkeit.

Der aber verlor nicht den Mut. Wenn sich eine Grammophonplatte dreht, die Nadel in ihren Geleisen dahineilt, so sprudeln die Töne ganz von selbst hervor.

„In Indien streiken 40 000 Eisenbahner. Die Lords verstärken ihre Hetze gegen die USSR. Die Zeitungen der Bankiers fordern die Ausweisung des Genossen Rakowski aus England.“

Er schielte dabei unentwegt nach den Passagieren, die von seiner Anwesenheit noch immer keine Notiz nahmen.

„Die amerikanischen Milliardäre versuchen einen neuen Anschlag gegen die Unabhängigkeit Mexikos. Rede des Genossen Kamenew im Stadtrat von Tiflis...“

Einer der Passagiere machte eine Bewegung mit der Hand nach der Hosentasche, und sogleich schickte sich der Zeitungshändler mit einer gefälligen Geste an, ihm eine Zeitung zu überreichen.

Doch nein. Der Passagier zog aus seiner Tasche — die Eisenbahnfahrkarte, drehte sie ein paarmal in der Hand herum und steckte sie dann sichtlich beruhigt wieder ein.

„Die neue Millionenanleihe!“ schrie mit unverminderter Intensität beharrlich der Zeitungsträger.

Ein dicker Passagier starrte ihn aus leidenden verschwitzten Augen durchdringend an. Dieser Blick durchdrang ihn, wie eine Nadel das Papier.

Einen Augenblick lang stockte der Zeitungsträger, schaute in die Zeitung, heimlich, wie ein Schüler, der seine Aufgabe abliest: „Ein grausiges Verbrechen! Eine Frauenleiche im Korb!“

Mit einem Schläge veränderte sich das Bild. Zwölf Passagiere riefen fast gleichzeitig: „Heh, Zeitungsausträger! Gib ein Blatt!“

Und schon in der nächsten Minute blätterten die zwölf eilig in ihren Zeitungen, suchten nach der Leiche.

Nur drei kauften keine Zeitung.

Aber zwei von diesen dreien rechneten heimlich damit, die Notiz von dem interessanten Vorfall über die Schulter des Nachbarn weg aus dem Blatt lesen zu können — gratis.

Und der Dritte?

Der Dritte hätte sicher auch eine Zeitung gekauft — wenn er von der Leiche im Korb erfahren hätte. So eine Leiche ist schon fünf Kopeken wert.

Aber leider — dieser Dritte war von Geburt an auf beiden Ohren hoffnungslos taub. Iwan Prutkow.

„Mordurteil“ . . .

Ludendorffs Ueberführung in eine Nervenheilanstalt ist dringend geboten.

Der General Ludendorff leidet an Verfolgungswahn. Die ganze Welt erscheint ihm als eine jüdisch-freimaurerische Verschwörung gegen seine Person. Ludendorffs letztes Gehirnprodukt ist folgende Depesche, die er vorige Woche an Hindenburg schickte:

„Vor drei Wochen wurde mir freimaurerisches Mordurteil handschriftlich durch Post zugestellt. Es ist Berliner Staatsanwaltschaft übergeben und in „Deutscher Wochenschau“ Nr. 40 am letzten Freitag veröffentlicht. Daraufhin erfuhr ich soeben, daß Mordurteil das Geheimzeichen des Freimaurerbundes „Zur aufgehenden Sonne“ trägt. Um andere Großlogen als unbeteiligt erscheinen zu lassen, hat gerade diese freimaurerische Organisation Urteil geschickt. Mordurteil ist die Ant-

wort der Freimaurerei auf restlose Enttüllung ihrer Verbrechen in meinem Werk „Kriegshetze und Völkermorden“. Millionen Deutsche erwarten von Ihnen, Herr Reichspräsident, sofortiges Einschreiten und Befreiung des Volkes von der gemeinen Verbrecherpest. Die Erfassung der Täter ist bei raschem Eingreifen für freie deutschblütige Deutsche in den Justizbehörden und in der Staatsanwaltschaft leicht, für Br. Freimaurer aber in den Justizbehörden und in der Staatsanwaltschaft wegen freimaurerischer Bindung unmöglich. Bitte um persönliche Bestätigung des Telegramms.“

Der Mann verdient fast nur noch Mitleid, so viele Verbrechen er auch auf dem Kerbholz hat!

Hoppla!

Ein toller Streich der Berliner Kommunisten.

Einstmals hielt sich die ganze Welt den Bauch vor Lachen über die Taten des Hauptmanns von Köpenick. Jetzt hat sich wieder eine neue Köpenickiade ereignet, die die vergangene fast in den Schatten stellt.

Im Berliner Rundfunk sollte der „Vorwärts“-Redakteur Dr. Schwarz einen Vortrag über „Friedenssicherung“ halten. Dieser Schwarz erhielt kurz vor seinem Auftreten einen telephonischen Anruf, daß man ihn mit dem Gästebus der Funkstunde von seiner Wohnung abholen werde. Gesagt, getan: das Auto kam, Herr Dr. Schwarz stieg ein — aber siehe da: mit vorgehaltenen Revolvern zwang man den armen Sozi, zu schweigen, und führte ihn weit hinaus ins Land, wo man ihn im Freien absetzte. Nun konnte der Mann nach Hause wandern.

Und im Senderaum der Funkstunde erschien inzwischen ein Mann, der das vorher eingereichte Manuskript des Dr. Schwarz bekam. Plötzlich wurde auch der Ueberwachungsbeamte des Rundfunks telephonisch abberufen, weshalb er sein Zensuramt nicht richtig ausüben konnte, und der Mann am Sender hielt eine donnernde Rede gegen die Sozialdemokratie, gegen den Panzerkreuzer und für das kommunistische Volksbegehren. Zum Schluß bekannte er sich als kommunistischer Abgeordneter, der von seinen Genossen als Ersatzmann für Schwarz angesetzt worden sei, und schloß: „Mit kräftigem Rot Front — auf Wiederhören!“

Die Funkstunde-Beamten waren so platt, daß sie gegen den Mann gar nichts unternehmen konnten. Die Hörer werden schön erstaunt gewesen sein. Und der „Vorwärts“ rast... Es handle sich, worum es wolle: zu diesem Streich kann man nur gratulieren!

Teno überflüssig?

Die Zentralgewerkschaften sorgen allein für Unschädlichmachung von Streiks.

Herr Severing hat bekanntgegeben, daß er für die Zeit vom 1. April nächsten Jahres an die Zuschüsse für die Technische Nothilfe aus dem Reichsetat zu streichen beginnen werde. Der vom Reich zur Unterhaltung der Teno zur Verfügung gestellte Betrag beträgt rund 2½ Millionen Mark.

Die Technische Nothilfe ist eine Gründung der Sozialdemokratie oder doch wenigstens unter deren geistiger Vaterschaft vor allen Dingen zustande gekommen. Die Teno ist, wie jeder weiß,

eine Streikbrechergarde.

Jetzt soll sie nun allmählich abgebaut werden. Herr Severing, derzeitiger Reichsinnenminister, ehemaliger Ruhrkommissar und schutzhaf-würdiger Bekämpfer des Siebenstundentages, dürfte wohl wissen, was er tut. Er darf die Teno ruhig abschaffen und sicher sein, daß in Deutschland auf absehbare Zeit kein Streik mehr irgendwelche Formen annehmen kann, die dem Kapital oder dem Staat

irgendwie gefährlich werden könnten. Severing erklärte, daß er zu den Gewerkschaften genügend Vertrauen hätte...

„Dieses Vertrauen in allen Ehren. Auch die gute Absicht der Gewerkschaften, ihre Arbeitskämpfe in aller Disziplin zu führen, sei unbestritten.“ So schreibt die schwerkapitalistische „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Ende September. Wir können ihr nur beipflichten und sie darüber hinaus noch beruhigen. Es besteht wirklich keine Gefahr mehr. Die „D. A. Z.“ fragt, wer aber denn nun bei wilden Streiks die Sicherheit garantieren solle „für diesen Schlüsselpunkt, an dem man Staat und Wirtschaft aus den Angeln heben“ könne. Keine Bange. Wilde Streiks wird es bald nicht mehr geben. Dafür sorgen die Zentralisten schon.

Oder: sollte es bei den Arbeitern doch schon leise dämmern?

Auspeitschen!

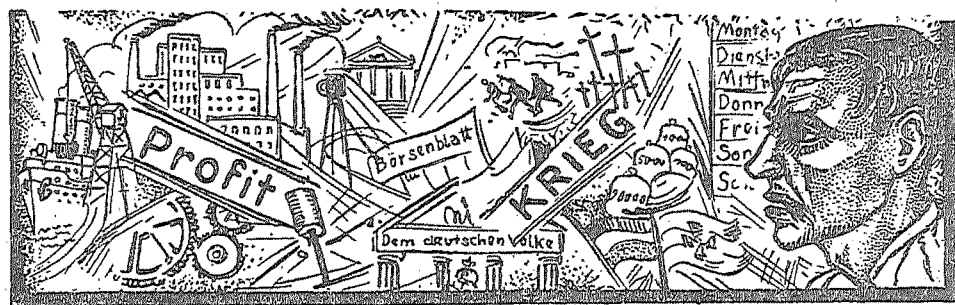
Die kapitalistischen Staaten dürsten nach Kolonien, um sich Absatzmärkte sichern zu können. Gewöhnliche Ausbeutergier ist das Motiv der modernen Kolonisationsbestrebungen.

Das Schändlichste an der Kolonialpolitik aller Staaten ist aber zweifellos der kulturelle Anspruch, mit dem sie aufzutreten pflegt. Hand in Hand mit den kapitalistischen Ausbeutern arbeiten die christlichen Missionare und verschaffen den dunkelhäutigen Mitmenschen zur Arbeit für das Kapital auch noch die „Segnungen“ des Christentums. Der Fall Peters, der vor dem Kriege eine der größten Kolonialskandalaffären darstellte, ist bekannt. Der Held der Geschichte, Peters, war nicht nur Kaufmann, sondern auch Pastorensohn...

Deutschland hat augenblicklich keine Kolonien und kann infolgedessen seine „pädagogischen“ Fähigkeiten auf diesem Gebiete nicht ausprobieren. Dafür wird die Christianisierung des schwarzen Erd-

teils von den anderen Staaten um so eifriger betrieben. In einer Kongoprovinz befassen sich englische Kapitalisten mit der Gewinnung des Kopalharzes, einer Art von Bernstein, die aus Wäldern, Sümpfen und der Erde gewonnen wird. Dieser Industrie erwuchs durch die chemische Herstellung von künstlichem Kopalharz eine unangenehme Konkurrenz, worauf man seine Wut an den angeblich zu „faulen“ eingeborenen Arbeitern ausließ. Mit aller Energie wendet man sich gegen „übertriebene Milde“ gegenüber den Schwarzen, und die Ausbeuter scheuten sich nicht, auch mit Gewalt gegen die Gerichte vorzugehen, die Mißhandlungen zu verhüten suchten...

Man verlangt, daß auch Frauen die mörderische Arbeit der Kopalharzgewinnung erlaubt werde, ferner fordert man für die Arbeitgeber eigenmächtiges Züchtigungsrecht und als Krone Einführung der Strafe des Auspeitschens! Kapitalistische Kultur!



Quer durch die Woche.

Der 7. Oktober in Wien — Die Enthüllungen über das englisch-französische Flottenabkommen — Auch Stahlhelm will Volksentscheid — Das Reichsbanner.

Der 7. Oktober, der wohl für die österreichischen Faschisten eine Kopie des Münchener 9. November 1923 werden sollte, ist ohne besondere Wirkungen verpufft. Der ursprünglich bereits verboten gewesene Arbeiter-Aufmarsch wurde schließlich doch noch erlaubt, und bei schwerster polizeilicher und militärischer Besetzung von Wiener Neustadt verlief die ganze Geschichte ohne Zusammenstöße.

Wir müssen allerdings sagen, daß die Arbeiterschaft in solchen Fällen gegen die faschistische Gefahr radikaler vorgehen muß als durch Nachahmung militaristisch aufgezogener Straßendemonstrationen. Wir möchten es daher nicht unterlassen, die „Parolen“ hierher zu setzen, die vom „anarcho-syndikalistischen Aktionskomitee für Oesterreich“ vor dem Faschistenaufmarsch durch Flugblatt verbreitet wurden. Sie lauten:

1. Nichtbeförderung der Faschisten durch die Eisenbahner (wenn nötig Generalstreik);
2. Entwaffnung der Heimwehr, erzwungen durch Steuer und Mietzinsstreik;
3. wirtschaftlicher Boykott durch Verweigerung von Quartieren, Wasser und Lebensmitteln an Heimwehrleute.

Hier sind Wege angedeutet, auf welchen dem Faschismus sicherlich wirtschaftlich recht gut an den Kragen gegangen werden kann!

In Frankreich erfolgte Veröffentlichungen über das englisch-französische Flottenabkommen haben es klar bewiesen, daß es sich hier tatsächlich um ein militärisches Geheimabkommen handelt. Die Zeitung „Soir“ faßt ihre Meinung dahingehend zusammen: „Frankreich läßt (durch den Vertrag) England freie Hand auf dem Meere unter der Bedingung, daß England Frankreich freie Hand auf dem Lande läßt. Dank dieses Kompromisses wird die Seekriegsorganisation Großbritanniens intakt bleiben, und die französische Militärorganisation bleibt vor jeder Drohung bewahrt.“

Das ganze nennt man Entwaffnung.“

Den Stahlhelm läßt das kommunistische Volksbegehren nicht ruhig schlafen. Er will darum ebenfalls ein Volksbegehren inszenieren, durch welches Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten

und Abschaffung des Einflusses der Parlamente auf die Ministerien sowie Einschränkung der Immunität der Abgeordneten gefordert werden sollen. Man will

auf demokratischem Wege die Diktatur einführen. Der deutsche Kapitalismus allerdings ist zum großen Teil schlau genug, gerade in der sogenannten Demokratie die Ausbeutungsbedingungen besonders gut garantiert zu sehen, weshalb wohl auch die Parteileitung der

schwerkapitalistischen Volkspartei

erklärte, daß alle Beziehungen ihrer Abgeordneten zum Stahlhelm gelöst werden müßten.

Daß das Reichsbanner nicht weit vom Stahlhelm entfernt ist, bewies sein kürzlich in Hannover gehaltener Bundestag. Hörsing begrüßte die Militarisierung des Reichsbanners durch

Kleinkaliberschützen-Ausbildung

und pöbelte dabei ausgerechnet die ehrlichsten pazifistischen Organe an, die in Deutschland gegen den Militarismus kämpfen (allerdings ohne die Arbeiterschaft auf die Notwendigkeit des industriellen Antimilitarismus hinzuweisen): „Das andere Deutschland“ und die „Menschheit“. Diese Zeitungen seien die größten Schädlinge in der „republikanischen Front.“ Ferner erklärten die Breslauer, daß sie Hindenburg als Menschen nur ehren könnten, und im allgemeinen kam man zu der Ueberzeugung, daß man sich an Hindenburgempfangen beteiligen müsse, um den schwarzweißroten Gegner zurückzudrängen und aus solchen Gelegenheiten schwarzrotgoldene Feste zu machen. So etwas will nun eine proletarische Organisation sein!

Mussolini scheint immer mehr irr-sinnig zu werden. Nicht nur, daß von dem römischen Sondergericht aufs neue wieder sechs revolutionäre Arbeiter zu Zuchthausstrafen von 2 bis 6 Jahren verurteilt wurden, nein, jetzt hat Mussolini sogar eine Reihe von

Auslieferungsanträgen gegen namhafte politische Flüchtlinge

in Frankreich wegen angeblicher gemeiner Verbrechen gestellt. Unter den Betroffenen befindet sich auch der Führer der italienischen sozialistischen Partei, Turatti.

Die deutsche Klassenjustiz ist auch nicht müßig auf anderen Gebieten. In Berlin wurde ein Heilkundiger wegen vollendeter und versuchter Abtreibung in zusammen 7 Fällen

zu 1½ Jahren Gefängnis

verurteilt. Sieben Frauen erhielten bei diesem Prozeß Geldstrafen von 50 bis 50 M. Freilich — der Staat braucht doch Kanonenfutter! Womit sollte man denn sonst den neuen Panzerkreuzer bemannen, nachdem ihn die deutschen Werftarbeiter in alter bewährter Treue hergestellt haben?



Aus der Wirtschaftswoche

Auch die Brückenbauer streiken in Hamburg. — 27 000 Bergarbeiter und 45 000 Textilarbeiter im Kampfe. — Sonstige Lohnbewegungen. — Kämpfe im Auslande. — Uebt Solidarität!

Ueber den großen Streik der deutschen Seeschiffswerften berichten wir in einem besonderen Artikel. In Hamburg streiken nunmehr außer den Werftarbeitern seit dem 6. Oktober auch noch

die Brückenbauer der auswärtigen Firmen.

Verhandlungen zwischen dem DMV. und der Eisenindustrie scheiterten, da die Unternehmer den Lohnforderungen der Arbeiter sogar Lohnabbauforderungen entgegensetzten. Die Arbeiter hatten ursprünglich 1,60 M. ohne Klassifizierung gefordert. Diese Forderung war gestellt worden von einer Versammlung des Brückenbau-Vereins Groß-Hamburg, einer Organisation, die, wie man uns mitteilt, „auf Grund der geistigen Impotenz ihrer Mitglieder bisher ohne jeden ideellen Gehalt war und lediglich als Arbeitsvermittlungsgilde fungierte“, jetzt aber durch das Eindringen syndikalistischer Genossen ein klassenkämpferisches Gepräge bekommen hat. Diese Organisation wollte die Verhandlungen über

die neuen Löhne unter Ausschaltung der Zentralgewerkschaften

führen, was allerdings nicht gelang, da es die Zentralisten verstanden, durch Betriebsabstimmungen der Belegschaften sich doch noch durch Mehrheit mit der Führung der Sache beauftragen zu lassen. Die fürsorglichen Zentralisten setzten natürlich sofort die Forderung für Gelernte auf 1,40 M. und für Ungelernte auf 1,35 M. herab. Unterschiede müssen sein. Die großen Bonzen des Metallarbeiterverbandes bekommen ja auch 700 M. im Monat, und nach unten muß das recht schön abgestaffelt werden! Dennoch aber kamen in die Streikleitung zur Hälfte syndikalistische Genossen, die alles versuchen, um die Aktion zu vertiefen.

Im niederschlesischen Kohlenrevier um Waldenburg stehen

27 000 Bergarbeiter im Kampfe. Die Gewerkschaften haben 15 Prozent auf den Lohn gefordert, wahrlich nicht zu viel. Der Streik ist fast allgemein. Nur, daß die Zentralgewerkschaften die Notstandsarbeiten ausführen lassen. — Die Front der München-Gladbacher Textilarbeiter steht fest. — In der

rheinisch-westfälischen Metallindustrie scheiterten die Lohnverhandlungen. Eine Lohnerhöhung von 15 Pf. war gefordert. Möglicherweise wird es auch hier zu einem Kampfe kommen, wenn es den Zentralgewerkschaftsführern nicht gelingt, die Sache durch die Schlichtungsinstanzen noch rechtzeitig abwrüngen zu lassen, so wie es ihnen teilweise schon mit dem Bauarbeiterstreik in Schlesien glückte, von dem wir in voriger Nummer berichteten. Die oberschlesischen Bauarbeiter dreier Städte waren gegen den schändlichen Zweifelnisschiedsspruch des Bezirksarbiters in Aktion getreten.

In Beuthen wurde der Streik bereits abgewürgt.

In Berlin hingegen nimmt der Streik der Bauarbeiter bei der U-Bahn noch immer an Ausdehnung zu.

Der Aktionsausschuß seemännischer Berufsverbände hat für die Hamburger Seeleute die Heuertarife zu Ende Oktober gekündigt. Für die

Hamburger Hoch- und Straßenbahner brachte ein Schiedsspruch eine Arbeitszeitverkürzung um 1/4 Stunde, und die Löhne sollen ab 1. Oktober mit 4 Pf. höher berechnet werden, während das Abkommen bis Ende September nächsten Jahres Geltung haben soll. Gefordert waren 12 Pf. — Die Zentralgewerkschaften haben beschlossen, den am 30. September schon abgelaufenen Lohntarif in der deutschen Margarine-Industrie zu kündigen und eine 10-M.-Zulage pro Woche zu fordern, was die Unternehmer bereits glatt ablehnen.

Für die Berliner Handelsarbeiter wurde durch Schiedsspruch der Lohn der über 22 Jahre alten Ledigen um 3 M. pro Woche erhöht, genau so der der Verheirateten. Damit betragen die Wochenlöhne ganze 45 bzw. 46 M. Vielen Forderungen der Arbeiterschaft wurde im Schiedsspruch nicht entsprochen.

In der Schwereisenindustrie des Saargebietes trat ab 1. September eine Erhöhung der

Effektivverdienste um 4 Prozent ein, wo zu am 1. Januar 1929 noch 1 Prozent kommen soll. Die Saarbrückener Buchdrucker bekräftigten durch einen Streik ihre Forderung nach einer 10prozentigen Lohnerhöhung. Ein gefällter Schiedsspruch wurde von beiden Seiten anerkannt.

Aus dem Auslande sind zu erwähnen die Bewegungen in der Tschechoslowakei und in Oesterreich.

In Graz streiken die Straßenbahner. Der Lohnstreik im tschechoslowakischen Bergbau hat sich bereits zu einem Streik erweitert, der 10 000 Arbeiter umfaßt.

Der französische Textilstreik, desgleichen der Hafnarbeiterstreik dehnt sich immer weiter aus. Die Amsterdamer Gewerkschaften haben unter Hinweis auf die zahlreichen Lohnkonflikte vom Staate verlangt, daß durch besonderes Gesetz das

Schlichtungsverfahren in allen Streitigkeiten obligatorisch

eingeführt werde. Es ist eine Schande, was diese Leute der Arbeiterschaft international zu bieten wagen.

Das Uebereinkommen in der schwedischen Metallindustrie, das sich auf 50 000 Arbeiter erstreckt, ist zum Ende dieses Jahres gekündigt worden. — In Lodz ist nun doch noch der Textilarbeiterstreik um 20 Proz. Lohnerhöhung ausgebrochen. Er soll bereits 100 000 Arbeiter umfassen. In den Kohlenbezirken Dombrowa und Krakau haben auch die Bergarbeiter den Streik beschlossen.

Der indische Baumwollarbeiterstreik ist nach halbjähriger Dauer beendet worden. Die Regierung hat die

Einsetzung einer Untersuchungskommission versprochen (!!!).

In China streikten 22 000 Postbeamte um eine Gehaltserhöhung von 33 Prozent und um Anerkennung des Koalitionsrechtes. Die Regierung hat ein

allgemeines Streikverbot für alle Arbeiter erlassen. Der Streik soll ganz abgeschafft werden. So sieht das neue China aus!

Im ganzen Reiche steht eine große Zahl unserer Genossen im Kampf. Schlesische Bergarbeiter, rheinische Textilarbeiter, norddeutsche Werft- und Metallarbeiter, Berliner Bauarbeiter und andere ringen schwer um bessere Existenzbedingungen. Die Geschäftskommission hat durch Rundschreiben zur Solidarität aufgerufen. Wir unterstreichen diesen Aufruf an dieser Stelle nochmals und fordern erneut auf: Gedenket der kämpfenden Genossen im ganzen Lande! Uebt Solidarität!

Achtung!

Betrifft Zuzug nach Hamburg:

Wie wir bereits an anderer Stelle dieser Nummer berichten, stehen in Hamburg auch die Brückenbauer der auswärtigen Firmen im Streik. Die Brückenbau-Vereinigung Groß-Hamburg sowie die Streikleitung, in der unsere Genossen den maßgebenden Einfluß ausüben, teilen uns mit: Jeder Zuzug fremder Montagearbeiter nach Hamburg ist unbedingt fernzuhalten. Es ist notwendig, daß den kämpfenden Kollegen nicht durch Streikbrecher der Erfolg ihrer Aktion in Frage gestellt wird. Wir fordern darum zur praktischen Solidarität mit den Streikenden auf!

Gemacht zum Schutze der Raubbeute, des Betrugens und der Ausbeutung, hat das Gesetz dieselben Phasen durchlaufen wie das Kapital. Zwillingsgeschwister gingen sie Hand in Hand, sich von den Leiden und dem Elend der Menschheit ernährend. Ihre Geschichte ist fast in allen Ländern Europas die gleiche. Man werfe nur einen Blick auf die Entwicklungsgeschichte der Gesetze in Deutschland oder Frankreich, und man kennt die wesentlichsten Entwicklungsphasen der Gesetze aller Nationen Europas.

Kropotkin.

Organisatorisches.

Zu unserer Diskussion

machen wir darauf aufmerksam, daß in der „Internationale“, Nr. 12, ein Artikel von Augustin Souchy steht, der zu der Frage der Stellung der Syndikalisten zu Kollektivverträgen spricht und die Einleitung bildet zu der Veröffentlichung der Resultate einer in der IAA. angestellten Rundfrage über die Einstellung der einzelnen syndikalistischen Landesorganisationen zu den Kollektivverträgen. Wir empfehlen die Artikelserie der „Internationale“ dringend dem Studium unserer Genossen! Die Red.

Arbeitsbörsen.

Aufruf

an alle Ortsvereine sowie Orts-, Bezirks- und Kreisbörsen im Bereich der P.A.B. Rheinlands.

Werte Kameraden! Am 20. und 21. Oktober d. J. findet die ordentliche Herbstkonferenz der P.A.B. Rheinlands statt.

Die Geschäftsleitung der P.A.B. beruft daher für den 20. Oktober, nachmittags Punkt 4 Uhr, im Lokal Schmitz (früher Gahnke), Königs- (Ecke Neue Linner-) StraÙe in Krefeld die Konferenz ein.

Sie schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Konstituierung der Konferenz,
- a) Wahl der Leitung der Konferenz,
- b) Wahl der Mandatsprüfungskommission.
2. Geschäfts- und Kassenbericht der P.A.B. vom 1. Juli bis 30. September 1928. Berichterstatter Gen. Tümmers und Gen. van der Horst.
3. Druckerei.
- a) Geschäfts- und Kassenbericht,
- b) Aus- und Aufbau derselben. Berichterstatter Gen. Meng, Düsseldorf.
4. Propaganda und Agitation. Referent Gen. Hans Schmitz, Elberfeld.
5. Erledigung der zur Tagesordnung gehörenden und eingegangenen Anträge.
6. Verschiedenes.

Kameraden! In Anbetracht der wichtigen Punkte, die auf der Tagesordnung stehen, ist es unbedingt erforderlich, daß jeder Ortsverein durch einen Delegierten vertreten ist. Jeder Delegierte muß mit einem ordnungsmäßigen Mandat versehen sein.

Anträge zur Tagesordnung sowie zur Konferenz sind zwei Wochen vor Beginn der Konferenz der Geschäftsleitung mitzuteilen. Die Ortsgruppenvorstände haben dafür Sorge zu tragen, daß der Delegierte rechtzeitig eintrifft, weil Punkt 4 Uhr die Konferenz eröffnet wird. Im übrigen wird nochmals auf das Rundschreiben Nr. 8 hingewiesen, welches sich mit dieser Konferenz befaßt.

Für die G.L. der P.A.B. Rheinlands
Josef Tümmers, Obmann.

P.A.B. Nordwest.

Unsere diesjährige Herbstkonferenz findet am 20. und 21. Oktober 1928 statt, und zwar in Hamburg, Michaelisstraße, im Lokal „Planeth“. Beginn der Konferenz Sonnabend, den 20. Oktober, abends 19 Uhr.

Auf Grund der eingegangenen Anträge schlagen wir folgende Tagesordnung vor:

1. Konstituierung der Konferenz.
2. Berichte: a) der Geschäftsleitung; b) der Delegierten.
3. Wahl der Geschäftsleitung.
4. Tarifverträge oder revolutionärer Klassenkampf.
5. Werftarbeiterstreik.
6. Unsere Winterpropaganda.
7. Landarbeiterpropaganda.
8. Anträge, die nicht zur Tagesordnung gehören.
9. Verschiedenes.

Die reichhaltige, wichtige Tagesordnung macht das pünktliche Erscheinen der Delegierten — die mit einem Mandat versehen sein müssen — notwendig. Auswärtige Delegierte und Gäste müssen sich bis spätestens 16. Oktober bei dem Gen. Franz Weber, bei v. Rhein, Hamburg 36, Dammtorstr. 34, Haus B, wegen Besorgung von Nachtquartier anmelden. Näheres im Rundschreiben Nr. 9.

I. A.: Max Hülse.

Kreisbörse Ost-sachsen.

Sonnabend, den 20. Oktober 1928, findet unsere Kreisbörsensitzung im Vereinshaus Dresden-A., Holbeinstraße 117, Hinterhaus, abends 7 Uhr statt. Tagesordnung wird selbst bekanntgegeben.

I. A.: M. Bergemann, Obmann.

Inhaftierten-Fonds.

Belegschaft A. Müller, Baustelle Johannisthal, 50.— M. Der Kassierer.

Freidenker Magdeburg!

Auch hier in Magdeburg soll dahin gearbeitet werden, auf neuer Grundlage das wirklich revolutionäre Freidenkertum zu sammeln. Alle diejenigen, die hier in Magdeburg dem reaktionären „Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung“ den Rücken gekehrt haben oder doch wenigstens diesen bitter notwendigen Schritt erwägen wollen, werden hiermit gebeten, am

Mittwoch, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, zu der Versammlung bei Kleine, Fäßlochsberg 9, Neue Welt

zu erscheinen. Wir wollen den Grundstein legen zur Gründung der Magdeburger Gruppe der „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“ (Sitz Düsseldorf). Es gilt, der verbündeten Geistesreaktion des Zentrums und der Sozialdemokratie einen festen Wall proletarischen freigeistigen Kampftums entgegenzusetzen.

Eine Neuerscheinung

Sittlichkeit im Russland der Zaren

von Dr. Johann Susmann-Galant
Psychiater und Nervenarzt in Moskau

Dieses neue Heft in der Reihe unserer Sexualbroschüren schildert die sexuellen Zustände Rußlands, vor allem am Hofe der Zaren und wird allenthalben Interesse finden. Der Preis dieses Heftes, das den gegen frühere Hefte erweiterten Umfang von 36 Seiten hat, beträgt **60 Pfg.**

Mitglieder der GFB und FAUD erhalten 55 1/8 % Rabatt

Verlag „Der Syndikalist“, Berlin O 34

Achtung! Berlin!

Die Berliner Leser des „Syndikalist“ sind hiermit freundlichst zu der am Sonnabend, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, im Elisabethgarten, Elisabethstraße 30, stattfindenden Versammlung des „Friedensbundes der Kriegsteilnehmer“ eingeladen. Thema: „Zeitgemäße Erinnerungen über die Ursachen des Weltkriegsverbrechens“. Carl Marmulla.

Bücherbesprechungen.

Elias Hurwicz: Geschichte des russischen Bürgerkrieges. E. Laubsche Verlags-Buchhandlung.

Ein 800 Seiten umfassendes Werk, das — der Verfasser ist Menschewist — ziemlich unparteiisch, in manchem sogar zu unpersönlich, das blutige Ringen der alten und neuen Mächte im Süden Rußlands wahrheitsgetreu vor Augen führt.

Das Buch zerfällt in zwei Teile, von denen der Hauptteil zeitlich mit dem Auftauchen gegenrevolutionärer Strömungen noch innerhalb der Kerenski-Epoche beginnt und dann die gesamte Denikin-Periode in ihrer Vielfältigkeit und Buntheit eingehend behandelt. Der zweite Teil bezieht sich auf die Fortführung des Bürgerkrieges unter Wrangel, dem Nachfolger Denikins, und endet mit der vollständigen Niederlage der Weißen und dem Einziehen des Siegers in die Krim im Oktober 1920.

Das Buch ist wohl ein in sich abgeschlossenes Ganzes, muß aber doch, da es sich nur auf die Verhältnisse im Süden beschränkt, mehr als eine Fortsetzung eines vorhergehenden Werkes des Verfassers aufgefaßt werden und gibt somit ohne Kenntnis desselben keinen Gesamtüberblick über die Wirren der Revolution. Die Bemühungen zur Objektivität und Sachlichkeit müssen anerkannt werden, obwohl man sich kaum des Eindrucks einer geflissentlichen Umgehung einer Bewegung wie der Machnowtschina erwehren kann. J. M.

Rund um den Staatsanwalt. Eine historisch-politische Revue mit einem Vorspiel: Die letzten Tage des kaiserlichen Deutschland, von Wilhelm Herzog. Forum-Verlag, Berlin. Preis 1,50 M., geb. 4 M.

„Rund um den Staatsanwalt“ muß jeder revolutionäre Arbeiter lesen. Auf der Bühne wird es sicher nicht mehr erscheinen, darum ist es Zeit, daß der Verlag das Werk zu diesem Preis der Arbeiterschaft bietet. Eine Unmenge historisch wertvollen Materials bietet diese Revue, die in ihrer unverfälschten historischen Tatsachendarbietung konkret die brutale Niedermetzelung der deutschen Revolutionäre beweist. Darüber hinaus ist in dem Buch auch der Brief des proletarischen Soldaten enthalten, der einen großen Menschen, Karl Liebknecht, mit ermorden half und im Drange innerer, auch religiöser Gefühle seiner „Seele“ gegenüber W. Herzog Luft machte. — Wir Syndikalisten hatten recht, wenn wir sagten, daß jede Revolution, die in die Hände von Politikanten gelegt wird, keine soziale Revolution wird und verraten ist. Das gerade beweist dies Buch. Weil die Tatsachen so schnell vergessen werden, kann es jedem aktiven Genossen als wichtige Waffe im Meinungskampf empfohlen werden. wjd.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände, Entwicklung der freigeistigen Bewegung in der deutschen Republik bis zum Jahre 1928. Dargestellt im Auftrage der Rag von Carl Peter. 40 Seiten.

Drei gute Steinzeichnungen

bieten wir hierdurch unseren Lesern an. Die sauber und einführend gearbeiteten Blätter bringen Porträts von

Peter Kropotkin, Friedrich Nietzsche und Erich Mühsam.

Die Größe des einzelnen Bildes beträgt 20x28 cm, die Blattgröße einschließlich des weißen Randes 37x50 cm. Wir können diese Arbeiten eines jungen Künstlers aus unserer Bewegung wärmstens empfehlen und erbitten umgehende Bestellungen.

Das einzelne Blatt kostet 1,50 M. zuzügl. der Versandkosten (0,30 M. pro Sendung).

Buchhandlung Fritz Kater,
Berlin O 34, Warschauer Str. 62

„Götze Kind“

Wie man an Berliner Berufsschulen Zucht und Ordnung wahr.

Unser ganzes Erziehungswesen ist auf kapitalistische Erfolgshascherei und Berechtigungsabstempelung der Kinder angelegt, wie es im Interesse des kapitalistischen Staates liegt.

In der letzten Zeit erregte der Fall eines Berliner Gymnasiasten wieder einmal besonderes Aufsehen. Man zog den jungen Menschen als Leiche aus einem See. Er hatte erfahren, daß er nicht versetzt werden würde, daraufhin hatte er am Schwarzen Brett seiner Schule einen Protest gegen das „blödsinnige Schulsystem“ veröffentlicht und war in den Tod gegangen. Zeichen einer Zeit, die immer noch mittelalterliche pädagogische Methoden anwendet!

Ein recht schönes Dokument wurde uns bekannt in Gestalt eines Briefes, durch den ein Berliner Berufsschüler aufgefördert wurde, sich zur „Verbüßung“ einer verhängten Arreststrafe von zwei Stunden nachts (!!!) 4 Uhr in der Schule einzufinden, widrigenfalls polizeiliche Zuführung verfügt werden würde. Nette Zustände! Und so etwas nennt sich nun „Erziehung“. Weite Kreise unserer Lehrer weisen jeden Gedanken an eine Schulreform noch immer weit von sich, wie denn einmal vor einigen Jahren ein Professor Rein auf einer Lehrertagung in einem Vortrag unter dem Titel „Götze Kind“ folgendes ausführte:

„Das Götzenbild, das jetzt von radikalen Schulmännern angebetet werde, sei das Kind, und auch dieser Götzendienst habe zu einem Zerschlagen vieler vernünftiger pädagogischer Gesetze geführt. Es sei in der Tat ein Götzendienst am Kinde, wenn sich der Erzieher in seinen Maßnahmen, seiner Stoffauswahl und seinen erzieherischen Absichten lediglich von den Neigungen und Stimmungen des Kindes leiten lasse.“

Man müsse in der Erziehung die Wege der Gebundenheit und des Gehorsams beschreiten, denn Kinder seien keine Götzen, sondern eine Gabe Gottes.

Uns scheint, als ob zunächst doch lieber einmal gegen den Götzen Schulmeister Front gemacht werden müßte, wenigstens soweit er in der Form des gewöhnlichen „Paukers“ auftritt!

Konkordate

Roms Macht breitet sich immer weiter aus.

Die römische Kirche ist, obwohl sie schon 2000 Jahre alt ist, noch keineswegs altersschwach. Ja, sie ist organisatorisch und agitatorisch sicherlich sogar mehr auf der Höhe als die sozialistische Bewegung!

Die Verhandlungen des preußischen Kultusministeriums mit den Vertretern des Papstes über den Abschluß eines neuen Konkordats (Vertrages mit der Kirche) sollen schon ziemlich weit gediehen sein. Das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche soll neu geregelt werden. Nach sozialdemokratischen Pressemeldungen beschränken die jetzigen Abmachungen nicht die Freiheit der Schulen. Von anderen Seiten hört man jedoch das Gegenteil. Sicher ist soviel, daß durch dieses Konkordat, wie es auch aussehen möge, der katholischen Kirche auf jeden Fall neue Mittel und Wege zur kulturellen Beeinflussung der Bewohner des preußischen Staates in die Hand gegeben werden. Und das alles trotz unserer trefflichen Weimarer Verfassung, die eine Trennung von Staat und Kirche fordert. Millionen von den Geldern der deutschen Steuerzahler wandern dennoch dauernd in die Taschen oder vielmehr in den unersättlichen Magen der römischen Kirche.

Preußen ist nicht das einzige Bollwerk, das Rom sich nach dem Kriege neu geschaffen hat. Augenblicklich sind Konkordatsverhandlungen außer mit Preußen noch angeknüpft mit Südslawien, Albanien und der Tschechoslowakei.

Folgende Konkordate wurden in den vergangenen Jahren außerdem schon abgeschlossen:

Lettland 1922, Bayern 1924/25, Polen 1925, Litauen 1927, Rumänien ebenfalls 1927.

So breitet sich die Geistesreaktion systematisch aus, und die Arbeiterklasse versäumt es, ihr einen Damm wahrhaft sozialistischer Ideen und Kampfmaßnahmen entgegenzusetzen!

Das Sozialistengesetz

Die schmähliche Haltung der SPD.-Fraktion — Unterirdische Arbeit proletarischer Kämpfer — Eine heroische Epoche

Am 21. Oktober sind es fünfzig Jahre her, daß eines der ruchlosesten und brutalsten Ausnahmegesetze über die deutsche Arbeiterklasse verhängt wurde, dem sie zwölf lange Jahre auf Gnade und Ungnade preisgegeben war. Die Attentate Hödels und Nobilings auf Wilhelm I. waren nur der unmittelbare Vorwand für diesen infamen Gewaltstreich, denn nach allen Ergebnissen mußte es dem unbefangenen Beobachter klar sein, das zwischen der damaligen sozialdemokratischen Partei und jenen Taten auch nicht der geringste Zusammenhang bestanden hat.

Aber Bismarck, der preußische Junker, der das Reich mit Blut und Eisen zusammengekittet hatte, plante schon lange einen entscheidenden Schlag gegen die deutsche Arbeiterklasse, wie dies aus späteren Aufschlüssen über die Politik dieses skrupellosen Gewaltmenschen deutlich genug hervorgeht. Die Attentate boten ihm nur eine Handhabe, langgehegte Pläne zur Ausführung zu bringen, und ein jämmerliches Parlament willfähriger Regierungslakaien beugte sich gehorsam seiner Diktatur und machte sich zum Mitschuldigen seiner reaktionären Ränke.

Man bezeichnet die Zeit des Sozialistengesetzes heute gerne als die „heroische Periode der Sozialdemokratie“. In der Tat hat die sozialistische Arbeiterschaft Deutschlands in jener Zeit einen Opfermut und eine moralische Entschlossenheit an den Tag gelegt, die man wohl als heroisch bezeichnen kann. Dafür war aber das Gebaren der Mehrzahl der Parteiführer, besonders unmittelbar nach dem Erlaß der Ausnahmegesetze,

alles andere als heroisch.

Die meisten von ihnen hatten vollständig den Kopf verloren und wußten überhaupt nicht, welche Stellung sie einnehmen sollten. Viele von ihnen wiegten sich bis zur letzten Minute in der Hoffnung, daß die Anwendung des Gesetzes zunächst eine sehr milde sein werde und dem Gesetz im allgemeinen keine lange Dauer beschieden sei. Aus diesem Grunde vertraten sie den sonderbaren Standpunkt, daß man den Feind nicht reizen dürfe und alles vermeiden müsse, was Bismarck und seinem Anhang einen Anlaß zur Verlängerung des Ausnahmezustandes bieten könnte.

Noch bevor das Ausnahmegesetz in Kraft trat, hatte der Parteivorstand in einer geradezu würdelosen Bekanntmachung den Genossen im Lande kundgegeben, daß er die Auflösung der Partei der Polizei bereits mitgeteilt habe.

„Eine zentralistische Organisation gibt es nun nicht mehr“, heißt es in dieser famosen letzten Kundgebung des Parteivorstandes, „auch mit der plausiblen Agitation ist es vorüber ...“

für Geldsendungen hat das unterzeichnete Komitee keine Verwendung mehr. Man wolle daher nichts mehr an Geib adressieren. Wenn irgendwo noch eine Parteimitgliedschaft bestehen sollte, so

ist dieselbe sofort aufzulösen.“

Das geschah, wie gesagt, noch ehe das Gesetz Rechtskraft erhalten hatte. Weiter konnte man wohl die Selbsterniedrigung nicht treiben; wie denn auch in der Geschichte verfolgter Parteien kein ähnliches Beispiel mehr aufzuweisen ist. Daß wir uns bei der Darstellung der damaligen Lage keiner „anarchistischen Uebertreibung“ schuldig machen, geht aus den geradezu vernichtenden Urteilen von Marx und Engels über die Haltung der deutschen Parteiführer aus jener Zeit hervor.

So schrieb Marx am 19. September 1879 an Sorge in New York: „Wie sehr der Parlamentarismus sie schon auf den Esel gebracht hat, kannst Du unter anderem daraus sehen, daß sie dem Hirsch ein großes Verbrechen machten — woraus? Daraus, daß er Kayser — von wegen seiner Rede bezüglich der Bismarckschen Zollgesetzgebung — in der „Laterne“ etwas zerkratzt hat. Aber, aber, heißt's nun, die Partei i. e. die Handvoll von parlamentarischen Vertretern der Partei hat Kayser bevollmächtigt, so zu sprechen. Desto größer die Schmach für diese Handvoll ... Wie dem auch sei, sie sind schon so weit

vom parlamentarischen Idiotismus angegriffen, daß sie glauben, über der Kritik zu stehen, daß sie die Kritik als ein Crime de laisè majesté (Majestätsbeleidigung) verdonnern.“

Soweit Marx. Daß das Urteil von Engels keineswegs milder war, beweist sein Brief vom 14. November 1879 an Bebel, wo es heißt: „Aber wären sie nur sechs Monate im Ausland, so würden sie über diese ganz unnötige Selbsterniedrigung der Parteideputierten vor dem Philister ganz anders denken. Der Stumm, der nach der Kommune über die französischen Sozialisten hereinbrach, war doch noch was ganz anderes als das Nobiling-Gezeter in Deutschland. Und wieviel stolzer und selbstbewußter haben sich die Franzosen benommen. Wo finden Sie da solche Schwächen, solche Komplimente für die Gegner? Sie schwiegen, wo sie nicht frei ausreden konnten. Sie ließen den Spießbürger sich ausheulen, sie wußten, ihre Zeit würde schon wieder kommen, und jetzt ist sie da.“

Dabei darf man nicht vergessen, daß diese Briefe von Marx und Engels ein ganzes Jahr nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes geschrieben wurden, ein Beweis dafür, daß sich

wieder die alte steinharte Miene. Mitleidsvoll betrachtet ihn seine Frau. Furchtsam werfen die Kinder ab und zu einen scheuen Blick zu ihrem Vater hinüber. Erleichtert atmet alles auf, als das Mahl beendet und damit die Zeit zum Schlafengehen gekommen ist. Im Flüsterton sagen die Kinder den Eltern und sich untereinander Gute Nacht. Unheimliche Stille herrscht in dem matt erleuchteten Schlafraum. Die Mutter wartet noch immer vergebens, daß der Vater das düstere Schweigen bricht. Doch er blickt noch immer mit derselben Starre in die Ecke. Durch das mit Lumpen ausgestopfte Fenster blicken mitleidlos die Sterne, bitter lächelt der Mond.

II.

Im Villenviertel der Stadt hält vor der Villa „Birkenhain“ ein prächtiges Privatauto. Ihm entsteigt ein flotter junger Herr in nagelneuem Sportanzug und eilt rasch die Stufen des Hauses empor. Das Dienstmädchen nimmt ihm Mantel und Lederhandschuhe ab und überlegt noch, ob sie den Herrn anmeldet oder ob er ohne weiteres eintreten soll. Währenddem erscheint aus dem Rauchzimmer Frau Direktor und bittet den Gast nach einer warmen Begrüßung, einen Augenblick Platz zu nehmen, da Erna noch nicht empfangsfähig sei. Um keine unliebsame Pause entstehen zu lassen, geht der junge Herr, nachdem man einige konventionelle Höflichkeitsphrasen gewechselt hat, geschickt zu einem belanglosen Gespräch über. Trotzdem atmet er erleichtert auf, als nach einigen Minuten die Tochter des Hauses freudestrahlend aus ihrem Ankleidezimmer erscheint und frisch und munter den langen, mit kostbaren Perserteppichen belegten Korridor durchläuft. Ihn beide Hände entgegenstreckend — am liebsten wäre sie ihm ja um den Hals gefallen, aber man muß doch den Schein

Ein Winterabend

I.

Die Sonne ist längst am trüben Horizont der Stadt verschwunden, und allmählich tauchen aus weiter Ferne die ersten Sterne auf. Ihnen voran zieht der Mond, der mit rasender Geschwindigkeit die riesigen Schneewolken durchfliegt, die, als hätten sie sich verspätet, in gleicher Eile ihrem fernen Ziele zuwandern. Weniger eilig haben es die zahllosen Schneeflocken, die in dichten Reihen langsam, zeitlos, zur Erde tänzeln. Den ganzen Nachmittag schon hält dieser Schneefall an, und immer noch folgt eine Flocke der anderen, fügt sich Weiß an Weiß, als sollte kein Flecken der Erde unbedeckt bleiben.

An der Peripherie der Stadt, unweit des Haupteingangs einer größeren Fabrik, reiht sich Wagen an Wagen der elektrischen Straßenbahn, um die Arbeiter dieser Fabrik in sich aufzunehmen und sie ihren Wohnungen zuzuführen.

Schlag 5 Uhr ertönt auf dem kleinen Turm des Verwaltungsgebäudes ein Sirenengeheul, das Signal zum Abbruch der heutigen Tagesarbeit. Einige Minuten vorher schon bringen die Arbeiter ihre Arbeitsplätze in Ordnung, um sie bei dem gegebenen Zeichen fluchtartig zu verlassen. Fieberhaft eilt alles in die anliegenden Waschräume, und ebenso hastig drängt man dem Ausgange zu. Ein ungeheurer Menschenstrom ergießt sich aus der Fabrik, an deren Toren sich ein riesiger Knäuel bildet. Fast ebenso rasch jedoch, wie dieser Knäuel entsteht, löst er sich wieder auf. Wohl bilden sich einige kleinere Gruppen: Hier ist es die Sportzeitung, um die sich eine Anzahl junger Leute drängt, da ist es ein Patentverkäufer, der mit voller Lungenkraft die Unentbehrlichkeit seines reichspatentierten Bügelfaltenstreifens verkündet, und dort

ist es ein junger Sozialist, der Flugblätter verteilt und ebenfalls Anlaß zu einer kleinen Stockung gibt. Aber auch diese Gruppen sind nicht von langer Dauer. In wenigen Minuten verläuft sich der gewaltige Menschenhaufen nach allen Himmelsrichtungen. Der Strom teilt sich zunächst in mehrere große Arme, die ebenfalls sehr bald zerrinnen, um dann schließlich ganz im Strudel der Stadt zu versickern.

Einer von den vielen geht lässigen Schrittes durch die Straßen der Stadt. Die Schultern etwas hochgezogen, den Kopf tief zur Erde gesenkt, weder links noch rechts blickend, nimmt er gedankenlos seinen alltäglichen Weg. Wie auf einsamer Landstraße schleppt er sich mühsam durch das Gewimmel der Stadt. Er kennt hier jedes einzelne, auch noch so unscheinbare Gebäude, weiß alle Gaslaternen, alle Plakatsäulen, ja selbst die geringfügigste Erhebung oder Senkung des Pflasters ist ihm nicht unbekannt. Und immer wenn er eine solche Stelle passiert, überzieht ein eigenartiges Lächeln seinen Mund. Aber sonst vermag ihn nichts aus seiner melancholischen Ruhe zu bringen. Nur ab und zu, wenn ihm der scharfe, stechende Wind zu kühl durch die Kleidung weht, zieht er mechanisch den Mantel etwas enger und schreitet dann ebenso apathisch und teilnahmslos weiter, seiner im entgegengesetzten Viertel gelegenen Wohnung zu. Kaleidoskopartig zieht alles an ihm vorüber. Wie ein Schatten, stumpf, gleitet er an den vornehmen Geschäftshäusern vorbei und verschwindet in ihren Passagen. Und risse ihn nicht manchmal der derbe Anstoß eines Passanten blitzartig aus seiner Versunkenheit heraus, er würde noch weitentfernter und gegenwartsfremder die Stadt durchlaufen.

Mit derselben Genauigkeit, mit der die Sirene das tägliche Zeichen zum Beginn

und Ende der Arbeit gibt, gelangt er zu Hause an. So mechanisch er die belebtesten Straßen und Plätze der Stadt durchquert hat, so mechanisch steigt er jetzt die steilen Stufen hinab in seine Kellerwohnung. Ein dumpfer Geruch strömt ihm entgegen, und merkwürdig, auch hier, beim Anblick dieser von Feuchtigkeit tiefenden Wände zieht jenes seltsame Lächeln über seinen Mund. Lautlos betritt er die Stube. Mit einem wehmütvollen Blick begrüßt ihn seine Frau. Halb verächtlich, halb vorwurfsvoll grüßt er zurück. Die drei kleinen Kinder eilen schüchtern herbei und legen ihre zarten Händchen in die an Beulen und Schwielen so reiche Hand ihres Vaters. Die Mundwinkel verziehen sich zu einem leisen, traurigen Lächeln, und unwillkürlich streicht er das Jüngste. Doch rasch reißt er sich wieder los und tritt ans Fenster, um sich eine heimliche Träne zu trocken. Die Mutter, in deren bleichem Gesicht die Spuren der Tuberkulose zu lesen sind, hat inzwischen das Essen aufgetragen und fordert mit einer stillen Gebärde zur Einnahme der kargen Mahlzeit auf. Geräuschlos kommt alles der Anforderung nach, schweigsam und düster sitzt die Familie in einer schaurigen Runde um den Tisch und verzehrt ihr Abendbrot.

Mutter und Kinder würden sich unbeschreiblich glücklich fühlen, wenn sie auch nur einige Tagesneuigkeiten erzählen dürften, aber der Vater will nichts davon wissen. „Wozu das alles?“ Fast idiotisch glotzt er beständig in die Ecke und schaut unbeweglich den vielen kleinen Gasflammen zu, die zischend am Teekessel emporschlagen. Plötzlich durchzuckt ihn ein Gedanke, und ein triumphierendes Lächeln verdrängt für einen kurzen Augenblick seinen stereotypen Gesichtsausdruck. Doch ebenso schnell hat er

50 Jahre

seit Verkündung des Sozialistengesetzes!

Wir empfehlen in diesen Tagen erneut ein Buch, das uns in lebendiger Weise mitten hineinführt in die alte Zeit:

Johann Most, Das Leben eines Rebellen von Rudolf Rocker

Brosch. 5.— M., gebd. 6.50 M.
für Mitglieder der GFB und FAUD
33 1/3 % Rabatt

Dieses Buch schildert ein großes Stück der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zur Zeit des Sozialistengesetzes

Verlag „Der Syndikalist“, Berlin O34

„Bessere“ Proleten

Möbliertes Zimmer als Arbeitsentgelt.

Die Angestelltenschaft pflegt sich im allgemeinen einzubilden, hoch über der Masse der „gewöhnlichen“ Handarbeiter zu stehen. Das alles letzten Endes nur deshalb, weil man während der Arbeit feinere Kleider tragen darf.

Denn mit der Bezahlung der sogenannten Stehkragenproleten ist es durchaus

die Parteiführer in Deutschland während dieser ganzen Zeit in der neuen Situation nicht zu rechtzufinden vermochten.

Engels hätte ebensogut die Haltung der spanischen Anarchisten nach der Niederwerfung der kantonalistischen Revolution von 1873 erwähnen können, die jahrelang den furchtbarsten Verfolgungen preisgegeben waren, ohne je ihre Ideen zu verleugnen und vor der Reaktion zu Kriechen.

Wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion jener Tage ihre Stellung dem Sozialistengesetz gegenüber auffaßte, geht aus der berühmten Rede Wilhelm Liebknechts in der Reichstagsitzung vom 17. März 1879 hervor, in der er erklärte, daß seine Partei eine Reformpartei im strengsten Sinne des Wortes sei, die alle Gesetze,

auch das Sozialistengesetz, das gegen sie gerichtet sei, respektiere.

Daß es sich hier keineswegs um den Ausdruck einer Privatmeinung handelte, hat übrigens auch Franz Mehring, der offizielle Historiker der Partei, offen zugegeben, indem er erklärte, daß „die Rede Liebknechts auf die Taktik der deutschen Parteiführer zugeschnitten war.“

Diese Rede aber war der offenkundige Bruch mit den revolutionären Traditionen und früheren Kundgebungen der Partei, die — zusammen mit allen anderen Abwiegungsversuchen der Parteiführer — zu einem offenen Protest der revolutionären Elemente innerhalb der Partei führen mußte.

waren — begrüßt sie ihn etwas gekünstelt: „Echanté de vous voir!“, worauf ihr Freund ein wenig benommen: „Ich komme ein wenig zu spät“ erwidert. „Das ist nicht schlimm, Sie sind doch stets willkommen bei uns!“ „Nicht wahr, Mutti, Herr R. ist doch immer willkommen bei uns?“ „Aber selbstverständlich!“ Ohne nochmals Platz zu nehmen begeben sich alle drei aus dem Ausgang. „Sie entschuldigen wohl, Frau Direktor, wenn ...“ „Aber natürlich“, unterbricht ihn die Dame des Hauses, „die Jugend, die Jugend will doch auch zu ihrem Rechte kommen. Und dann vor allem die wunderschöne Mondnacht heute, und die herrliche frische Luft, da wäre es doch eine Sünde wider die Natur, bei einer solchen Witterung zu Hause zu sitzen. Bleibt nur nicht zu lange, und seht Euch vor, daß ihr Euch nicht erkaltet! Auf Wiedersehen, meine lieben Kinder, und recht viel Vergnügen!“ „Auf Wiedersehen!“

Der luxuriöse Benzwagen rast, von sicherer Hand gesteuert, dem Eisplatz zu. Der Chauffeur ist ein guter Fahrer und allen Anforderungen der Neuzeit voll und ganz gewachsen. Mit 80 Kilometer und mehr fliegt das Auto durch die Straßen. Haarscharf jagt es an Straßenbahnen und Fuhrwerken vorbei, in halbschererischen Kurven nimmt es jede auch noch so gefährliche Ecke und stellt selbst das Tempo der Feuerwehr in den Schatten. Noch ehe man sich versieht ist man am Sportplatz angelangt, und das junge Paar betritt startbereit die Eisfläche.

Der Platz ist an schönen Tagen ein buntes Gewimmel sorgloser, lebensfroher Menschen, die sich hauptsächlich aus den besseren, oder genauer gesagt, aus den besser gekleideten Kreisen rekrutieren. Jung und alt gibt sich hier ein nächtliches Rendezvous, Backfische, in blendend-

nicht so weit her. In vielen Fällen stehen vor allen Dingen jugendliche Angestellte, männliche wie weibliche, unter Bedingungen, zu denen sich die meisten Handwerker nicht verkaufen würden. Was man in dieser Beziehung beispielsweise weiblichen Angestellten zu bieten wagt, beweist ein Inserat, das vor einiger Zeit im „Berliner Lokalanzeiger“ erschien und folgenden Wortlaut hatte:

„Kontoristin, 23 Jahre alt, flotte Schreibmaschine, sucht Stellung per sofort. B. S. 5018.“

Auf dieses Stelleninserat hin meldete sich auch eine Firma mit folgendem klassischen Antwortschreiben:

„Ich suche für mein Geschäft eine Stenotypistin als Privatsekretärin, die, zunächst im Nebenamt, schriftliche Arbeiten erledigt. Als Honorar käme die Ueberlassung eines gut möblierten Zimmers in Betracht.“

Rodrorr, Kurfürstendamm 123.“

Eine recht eigenartige Offerte. Sie zeigt jedenfalls, wie gering die Angestelltenarbeitskraft eingeschätzt wird. Vielleicht hatte man mit der Angestellten auch noch anderes vor. ... Solche Mädchen müssen ja ihren Chefs auch oft genug noch zu erotischen Belustigungen dienen, wie es etwa der Fall der neulich in Berlin wegen Totschlags verurteilten Erna Anthony zeigte. Mädchen, die Anstellung suchen, gibt es ja so viel! Und sie müssen sich zu allen Bedingungen verkaufen, die man ihnen zu bieten wagt.

Erwähnt sei auch hier noch jener Jammerartikel von Höchberg, Schramm und Bernstein im „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ in Zürich, der so ungefähr das Tollste war, was auf dem Gebiete der

Selbstentmannung den deutschen Machthabern gegenüber

geleistet wurde. Der Artikel bejammerte nicht nur den „schlechten Ton“, den die sozialdemokratische Presse vor dem Sozialistengesetz häufig angeschlagen habe; er ging sogar so weit, zu erklären, daß die Sozialdemokratie „nicht ganz ohne Schuld an dem Zustandekommen des Ausnahmegesetzes“ gewesen sei, indem sie den Haß der Bourgeoisie in unnötiger Weise vermehrt hätte.

Und dies wurde geschrieben in einer Zeit, als die Polizei Bismarcks Hunderte von braven Männern, ohne Grund von Heim und Herd vertrieb, ins Gefängnis warf oder ins Exil hetzte.

Von all diesen Dingen ist in den zahlreichen Artikeln, mit denen gegenwärtig die sozialdemokratischen Zeitungen in Deutschland gefüllt sind, nicht eine Spur zu finden; auch die kommunistische Presse weiß darüber nichts zu sagen; brachte es doch die „Rote Fahne“ fertig, in ihrem Gedenkartikel sogar

den Namen Johann Mosts nicht zu erwähnen, des einzigen unter den damaligen sozialdemokratischen Führern, der das tat, was der Parteivorstand unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes hätte tun müssen. Mosts Herausgabe der „Freiheit“ im Januar 1879 war

weiße Wolle eingewickelt, treiben sich kokettierend umher, Studenten und Gymnasiasten mit geistvollen Gesichtern erproben in Galanterien ihre in der Tanzstunde angeeigneten Weisheiten, fescche junge Frauen aus „besten Kreisen“ suchen Anschluß, und wieder andere geben ihre Kunst zum Besten, indem sie leichten Fußes in eleganten Kurven über die umfangreiche Eisfläche gleiten. Alles wiegt sich im Rhythmus der schmetternden Musik. Auch der junge Fabrikant und Fräulein Erna machen eine Weile dieses lustige Treiben mit. Nicht allzulange jedoch bedürfen sie der körperlichen Erfrischung und der frischen belebenden Nachtluft. Bald vertauschen sie den Eisplatz mit dem nebenan befindlichen Tanzsaal. Mit graziösen Bewegungen schweben sie engumschlungen im Tangoschritt über die spiegelglatte Fläche des Parkettbodens. Sekt und Champagner, ausgewählte Musik, eine wohlberechnete Beleuchtung u. a. tun das ihrige, um die Stimmung zu erhöhen und die Gemüter in Wallung zu bringen. Aus den Augen des jungen Paares lodert bald unwiderstehliches Begehren, das gebieterisch zur zeitigen Heimkehr drängt.

Der Wagen ist rasch zur Stelle, und wonnetrunken, im Vorgefühl des sicheren Sieges besteigen die beiden den samtgepolsterten Sechssitzer. Der Chauffeur ist ein treuer Diener seines Herrn und weiß sich in jeder Weise die Zufriedenheit desselben zu erwerben. Vermohte er vorhin den kürzesten Weg zu finden und aus seinem Wagen die äußerste Geschwindigkeit herauszuholen, so weiß er diesmal auch auf Umwegen und mit weniger beschleunigtem Tempo zu seinem Ziel zu gelangen.

Während er gleichgültig den prachtvollen Sechszylinder langsam durch die verschneiten Gefilde der Vororte führt

eine Tat. Er schuf der verfolgten Partei in Deutschland wieder ein Organ, ohne das sie nicht bestehen konnte. Most stand in jener Zeit voll und ganz auf dem Boden der Sozialdemokratie, und die „Freiheit“ nannte sich ein sozialdemokratisches Organ. Aber wenn die Tat Mosts unter der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands Freude und Begeisterung auslöste, so wurde er gerade von den prominenten Führern der Partei aufs heftigste bekämpft und verunglimpft ob seines Handelns, da er es wagte, der Taktik des „Sichschiebstellens“ entgegenzuwirken und Bismarck und seinem reaktionären Troß zu zeigen, daß die Sozialisten gewillt waren, den Kampf aufzunehmen.

Man spricht von der Geschichtsklitterung der bürgerlichen Historiker. Mit der Geschichtsschreibung der Parteien ist es leider nicht besser bestellt. Auch die schönste „materialistische Geschichtsauffassung“ setzt der Geschichtsklitterung keine Schranken. Most und die Braven, die zusammen mit ihm mit mühsam abgedarbteten Groschen die „Freiheit“ herausgaben, sind heute vergessen. Sie hatten große Ideale im Hirn und Begeisterung im Herzen, aber der Erfolg war ihnen versagt; der Erfolg blieb den Leisetretern, den Possibilisten und Rechnungsträgern, und diese schreiben heute die Geschichte der „heroischen Periode“.

Und doch ging alles Große und wirklich Heroische, das in jenen zwölf finsternen Jahren geleistet wurde, aus den Massen selber hervor. Es waren die Arbeiter, welche Deutschland mit einem Netz geheimer Organisationen bedeckten und dem Ausnahmegesetz die Stirne boten. Nicht den Parlamentariern, die sich heute mit fremden Federn schmücken oder von anderen schmücken lassen, gebührt der Ruhm jener Jahre:

den einfachen Proleten,

die ohne Ruhmredigkeit und ohne Vorbehalte alle Gefahren auf sich nahmen, die Gefängnisse füllten, aus dem Kreise ihrer Familien gerissen und der Not und dem Elend preisgegeben wurden. Sie hielten das revolutionäre Banner hoch in jenen Jahren und verbreiteten in geheimen Schriften und Zeitungen die frohe Botschaft des Sozialismus, trotz der Heere von Spitzeln und Polizisten, die gegen sie ausgesandt wurden und deren tückischen Ränken sie oft genug zum Opfer fielen. Mit Liebe und Sympathie gedenken wir heute jener sozialdemokratischen Arbeiter, die alles für ihre Sache einsetzten und ihr restlos alles gaben, was sie besaßen.

Mit den Parlamentariern der eigenen Partei standen jene Männer allerdings nie auf gutem Fuße. Die unterirdische Organisation in Berlin, die den Beschluß gefaßt hatte, sich nur der Verbreitung verbotener Schriften zu widmen, gab sich nie für den Umsatz jener farblosen Blättchen her, die von dem einen oder dem anderen Abgeordneten da und dort gegründet wurden. Sie verweigerte der Reichstagsfraktion die Herausgabe der von ihr aufgetriebenen Gelder, verwaltete ihre eigene Kasse und versorgte ihre Opfer aus ihrem eigenen Fonds. Zwischen ihr und der Fraktion bestand ewiger Kampf, und aus ihren Reihen entwickelte sich die Opposition der „Jungen“.

an deren Spitze Männer wie Wilhelm Werner, Karl Wildberger, Max Baginski und manche anderen standen, deren Namen heute noch ein freudiges Echo wecken aus jenen sturmgepeinigten Tagen.

Aber nicht nur sozialdemokratische Arbeiter standen damals im Kampfe gegen die Diktatur Bismarcks und seiner Helfer. Auch von jenen

und der Mond mit stoischer Ruhe in die herrliche Schneelandschaft blickt, leert das junge Paar voll sorgloser Wonne in dem elektrisch geheizten Wagen den Becher der Liebe bis zur Neige.

* * *

III.

Zurückgezogen vom Lärm der Straße sitzt ein junger Arbeiter ganz in Decken und Kleider eingehüllt in seiner beengenden Dachkammer und sieht durch das schmale Fenster sinnend dem Treiben einzelner verspäteter Schneeflocken zu, von denen ab und zu einige auf seiner Lagerstätte ihre Wanderung beenden. Auf dem kleinen Tisch liegen eine Menge Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Notizen und einige Briefe. Unter den jüngsten Notizen, die er aus dem heutigen Vortragsabend mitgebracht hat, scheint ihm eine besonders zu interessieren. „Es sind also nicht nur die Verhältnisse, die den Geist bestimmen, sondern es ist auch der Geist, der die Verhältnisse bestimmt, denn die Verhältnisse fallen nicht vom Himmel, sondern werden durch unser Verhalten bedingt, und die Geschichte wird letzten Endes nicht von den Göttern jenseits der Wolken, sondern von den Menschen gemacht.“ Das waren die letzten Worte, mit denen der Kursleiter seinen heutigen Geschichtsvortrag beendet hatte. Der junge Arbeiter hat sich schon auf dem Heimwege den Inhalt dieser Sätze ganz besonders durch den Kopf gehen lassen und beschäftigt sich auch jetzt noch damit. Da fällt zufällig sein Auge auf einen kleinen Zettel seiner Hauswirtin, den er bis jetzt noch gar nicht bemerkt hatte. „Was die mir bloß zu schreiben hat?“ sagt er halblaut vor sich hin und entfaltet begierig den Zettel.

„Ich werde Ihnen daher mitteilen, daß sie das Zimmer bis zum 15. räumen müssen, da wir den Platz in Zukunft für

soll heute gesprochen werden, die in keinem schwungvollen Leitartikel der sozialdemokratischen und kommunistischen Presse Erwähnung finden — von den Sozialrevolutionären und Anarchisten, die furchtbare Opfer bringen mußten in jener fluchwürdigen Zeit. Sie brachten sie, ohne mit den Wimpern zu zucken, wie wilde Tiere von der Reaktion geizet und von den eigenen Arbeitsbrüdern geschmäht und verdächtigt auf das Geheiß skrupelloser Demagogen. Die Opfer des ersten Hochverratsprozesses: Dave, Metzkwow, Breuder; die mutigen Verbreiter der „Freiheit“, die von der Polizei gefaßt und in die Kerker geworfen wurden; August Reinsdorf, der Kühnsten einer, der wie Julius Lieske den Kopf unter das Beil des Henkers legen mußte und dafür noch am Tage vor seiner Hinrichtung von Liebknecht im deutschen Reichstag als Agent der preußischen Polizei verleumdet wurde, und Holzhauser, den man zu acht Jahren Zuchthaus verurteilte und der sich in seiner Zelle erhängte, und Emil Werner, Eisenhauer, Rinke, die, von Stadt zu Stadt gehetzt, von Gefängnis zu Gefängnis wanderten, und John Neve, von barbarischen Richtern zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt, in Nacht und Wahnsinn getrieben! Keiner spricht heute von ihnen; die junge Generation hat ihre Namen nie gehört. Um so mehr Grund für uns, der heutigen Zeit

jene Namen in die tauben Ohren zu schreien und ihrer Treue zu gedenken.

Das Sozialistengesetz fiel. Bismarck war nicht imstande, den Trotz der revolutionären Arbeiterschaft zu brechen; aber eins hatte er doch erreicht, obwohl er vielleicht gerade daran am wenigsten gedacht hatte. — In den langen Jahren der Unterdrückung, die jede öffentliche Erörterung prinzipieller und taktischer Fragen ausschloß, entwickelte sich langsam aber sicher jene Oligarchie eines vollständig parlamentarisch eingestellten Führertums, das für die großen Aufgaben des Sozialismus immer weniger Verständnis zeigte. Den Massen aber war jene Oligarchie allmählich zur geistigen Vorsehung geworden, deren Einfluß um so stärker sein mußte, als niemand ihrer Macht entgegenzutreten konnte. Die kleine Schar der aktiven Revolutionäre, die während des Ausnahmegesetzes in den Geheimorganisationen wirkte und kämpfte, und welche die opportunistischen Neigungen der Führer wohl erkannte, hatte keine Möglichkeit, sich öffentlich Gehör zu verschaffen. Den Abgeordneten aber stand die Tribüne des Reichstags zur Verfügung, so daß ihre Namen der Masse der Wähler bekannt und geläufig wurden. Als aber das Sozialistengesetz endlich fiel, da überschrie die kritiklose Wählermasse die Stimmen der sozialistischen Opposition, die sich außerhalb der Partei ein Feld für ihre Tätigkeit suchen mußte. Die Sozialdemokratie und die mit ihr alliierten Zentralverbände

richteten sich immer bequemer im heutigen Staate ein;

wurden einer seiner wichtigsten Bestandteile und entfernten sich in demselben Maße immer weiter von der Idee des Sozialismus, als die Partei heute endlich Regierungspartei geworden ist und ihre Anschauungen von dazumal lange zu Grabe getragen hat. In dieser Beziehung wurde das Sozialistengesetz der deutschen Arbeiterklasse zum Verhängnis, indem es bewirkte, daß ihrer Entwicklung ganz andere Wege gezogen wurden. Ob diese Entwicklung ohne das Gesetz einen anderen Charakter angenommen hätte? Vielleicht nicht. Aber unter normalen Verhältnissen hätte sich sehr wahrscheinlich als Gegengewicht gegen die oppor-

die Kohlen und für die alten Sachen brauchen. Und überhaupt ist das Zimmer viel zu billig. Meine Schwägerin hat auch 40 M. bekommen, und es ist dazu noch ein besserer Herr, der nicht immer barfuß läuft wie sie und Kommunist oder wer weiß was ist und noch nicht mal die 25 M. bezahlen kann oder will und die ganze Zeit immer arbeitslos ist.

Achtungsvoll

Frau Müller.“

„Merkwürdigkeiten des Lebens“ — denkt sich der junge Arbeiter, drückt den Fetzen Papier krampfhaft zu einem Knäuel zusammen und schleudert ihn gelassen durchs Fenster. Dabei fällt ihm plötzlich ein Satz aus Nietzsches Zarathustra ein: „Zerbrech doch die Fenster und springt ins Freie!“ Unwillkürlich beugt er sich etwas aus dem kleinen Fenster hinaus und hält staunend inne. Die Wolken sind inzwischen gänzlich verschwunden, und ein Sternenhimmel von seltener Pracht und Schönheit zeigt sich dem entzückten Auge des Beobachters. Millionen und aber Millionen von Sternen stehen am Himmel. Der junge Mensch kennt zwar nur sehr wenige Sterne, aber das hindert ihn nicht, sich in Staunen und ehrfurchtsvolle Bewunderung über die majestätische Erhabenheit dieses Anblicks zu verlieren. Langsam läßt er sein Auge über das ganze Himmelsgewölbe hinwegschweifen.

Ruhig ziehen die Sterne vorüber und folgen ihren ewigen, unergründlichen Bahnen. Dem Auge bereits bekannte Sterne verschwinden allmählich im Westen, und neue Sterne tauchen im Osten wieder auf, langsam neigt sich die Nacht, und ein neuer Morgen zieht herauf. Langsam, aber mit eherner Gewißheit wird auch, so fühlt es der junge Arbeiter, diese Welt untergehen und einer neuen Morgenröte weichen.

J. M.

tunistische Gefahr eine starke sozialistisch-revolutionäre Richtung entwickelt, die ihren eigenen Weg gegangen wäre; vor allem aber hätte sich jener blinde Glauben an das Diktat der Führer, der nach und nach jedes selbständige Urteil ersäufte, nie in dem Maße entfalten können, wie dies tatsächlich der Fall gewesen ist.

In einem aber kann die Zeit des Sozialistengesetzes dem jungen Geschlechte von heute, das mehr als ihm gut ist von pessimistischen An-

wandlungen und krankem Skeptizismus geplagt wird, als leuchtendes Beispiel dienen: Es war eine Zeit, die ganze Männer forderte in der Bewegung, die mit zäher Beharrlichkeit und tiefer Begeisterung ihrer Sache dienten und nicht schon nach den ersten Schritten von Ohnmachtsanfällen heimgesucht wurden. Unsere Zeit ist zu materialistisch geworden und muß erst wieder der großen Worte Saint Simons inne werden: „Bedenke, mein Sohn, daß man begeistert sein muß, um große Dinge zu vollbringen!“ R. R.

Keine Kriegswaffen mehr!

Ablehnung von Kriegsarbeit durch Arbeiter als einziger Weg.

Der Propaganda für organisierte Arbeitsverweigerung zwecks Unterbindung der Kriegsproduktion wird der Einwand entgegengehalten, daß diese Arbeitsverweigerung, wie sie jetzt anlässlich der Panzerkreuzeraffäre wieder lebhafter von uns propagiert wird, kein Allheilmittel sei, da man dann eben Kriegswaffen im Auslande herstellen lassen werde.

Man wird nicht umhin können, die Berechtigung dieses Einwandes bedingt anzuerkennen. Jedoch dürfen wir auch nicht vergessen, daß die bis jetzt in Deutschland allgemein herrschenden Ideen über die Bekämpfung der Kriege und Kriegsgefahren sich nicht nur auf Grund abstrakter Theorien, sondern auch dank übler Erfahrungen als sehr fragwürdig und unzulänglich erwiesen haben.

Es dürfte heute, zum mindesten in den Kreisen sozialistisch geschulter, denkender Menschen, kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß

der parlamentarische Scheinkampf niemals die Kriegsmittelherstellung ernsthaft gefährden wird, auch wenn eine sehr stattliche Anzahl Parlamentarier ehrlich, was wir sehr bezweifeln, gegen sie vorgehen würde. Und so ist denn in den Kreisen derjenigen Friedensfreunde, die speziell auf Grund des letzten sozialdemokratischen Wahlschwinds, ihren Glauben an die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit der Volksvertreter wanken sehen, der Gedanke aufgetaucht, den Bau des Panzerkreuzers durch den Volksentscheid zu verhindern.

Ist dieses Mittel zuverlässiger als Arbeitsverweigerung?

Das dürfte wohl doch sehr stark zu bezweifeln sein. Erstens hat man seinerzeit mit der Fürstenabfindung die sehr üble Erfahrung gemacht, daß die erlauchten, berufenen und berufsmäßigen Führer des Volkes in der Republik ebensowenig vor einer offenkundigen Schiebung zurückschrecken wie in der Monarchie. Und zweitens muß man es den Staatsanbetern immer wieder in den träge arbeitenden Schädel hineinhämmern, daß der zentralistische Staatsapparat nur

ein Mittel zur Unterdrückung der Besitzlosen

ist, also logischerweise ebensowenig auf Machtmittel verzichten kann wie ein Fisch auf seine Flossen, daß man also den Bock zum Gärtner macht, wenn man den Staatsorganen die Unterbindung der Kriegsmaterialproduktion zur Pflicht macht! Die werden schön feixen!

Doch da taucht in den Kreisen der „radikalen“ Friedensfreunde der Gedanke der Kriegsdienstverweigerung auf.

Es ist dies ein Gedanke, der schon so alt ist wie die Arbeiterbewegung überhaupt, der aber von den Sozialdemokraten, den autoritären Sozialisten, wie jeder Gedanke individueller und organisierter Selbsthilfe, stets bekämpft und sabotiert wurde. Es ist ja auch durchaus logisch: wenn man auf dem Standpunkt der Staatssozialisten steht, daß man die Völker durch eine irdische Vorsehung, Regierung genannt, leithammeln müsse, so muß man auch jeden Versuch zur Selbständigkeit und Selbsthilfe bekämpfen. Ebenso ist es auch logisch, daß der freiheitliche, antiautoritäre Flügel der Arbeiterbewegung als das hervorragendste Kampfmittel die Erziehung der Persönlichkeit ansah und folgerichtig dem Krieg und dem Militarismus durch den Gedanken der Kriegsdienstverweigerung zu Leibe rückte.

Dies fand auch seinen Ausdruck auf dem internationalen Kongreß der 1. Internationale von 1868, der den Arbeitern anempfahl, den Ausbruch eines Krieges

mit dem Generalstreik zu beantworten.

Aber zur konsequenten Kriegsdienstverweigerung gehört die

Unterbindung der Kriegsmittelproduktion,

und da man denjenigen, die, auf Grund ihrer Vorrechte und Privilegien, das größte Interesse an der Aufrechterhaltung der auf Raub und Unterdrückung

fundierten Gesellschaftsordnung haben, nicht zumuten kann, ihre eigenen Totengräber zu sein, indem man es ihnen zur Pflicht macht, ihre stärkste Stütze, den Militarismus, zu zerschlagen, so muß man es eben von denjenigen fordern, deren Interessen im diametralen Gegensatz zu denjenigen der Monopolisten des Raubes und der Unterdrückung stehen, von den Arbeitern. Sie allein sind auch dazu wirklich in der Lage.

Und nun kommt man uns mit dem Einwand, daß man Kriegsmittel, die man infolge Arbeitsverweigerung nicht im eigenen Lande herstellen kann, im Auslande herstellen könne, im Auslande herstellen läßt. In der Tat: der Einwand ist berechtigt, aber jeder intelligente Arbeiter wird zugeben, daß der Gedanke, die Kriegsmittelproduktion durch organisierte Arbeitsverweigerung lahmzulegen, trotzdem der sicherste und beste ist, denn

seine Ausführung liegt ganz in unserer Macht.

Zudem darf man nicht verkennen, daß man im Auslande auch Arbeitsbrüder hat, denen man getrost ebensoviel (oder soll man sagen ebensowenig?) gesunden Menschenverstand zumuten darf wie uns selber.

Bitte, man urteile selbst. Im Jahre 1909 weigerten sich spanische Soldaten, das Marokkoabenteuer der Regierung mitzumachen. Als man Rekruten aushob, warfen sich Frauen in Barcelona vor die Schienen des Zuges und

verhinderten die Einschiffung der Rekruten.

Als daraufhin der Belagerungszustand erklärt wurde, warfen die Arbeiter Barrikaden auf. Offiziere führten die Soldaten gegen die Barrikaden und mußten erleben, daß Arbeiter und Soldaten sich verbrüdeten.

In Roubaix, Frankreich, verweigerten in den Jahren nach dem Kriege Metallarbeiter die

Herstellung von Granaten.

Der Stadtrat von Roubaix bewilligte 100 000 Franken für die Streikenden. Anlässlich des Kriegsgedenktages in Paris wurde, trotz Verbotes der Regierung, die Antikriegsdemonstration in diesem Jahre durchgeführt. Wie stark die Beteiligung war, kann man sich vorstellen, wenn man hört, daß die Polizei 1200, nach anderer Angabe sogar 1800 Verhaftungen vorgenommen hat.

So etwas kommt in Deutschland nicht vor?

Aber folgendes hat sich doch in den Jahren kurz nach dem Kriege ereignet. Als der größte Teil der Arbeiter noch in Sowjetrußland das gelobte Land sah, hatte man ein scharfes Auge für alle Dinge, die Sowjetrußland bedrohten. Und so konnte es geschehen, daß man in Erfurt einen Tank mit Hilfe eines Schweißapparates zerstörte. Es geschah, daß man in Harburg einem Zug mit Tschechoslowaken, die nach ihrer Angabe in Sibirien gefangen gewesen waren und sich auf der Heimreise über Amerika durch Deutschland befanden, die Waffen, die man von Amerikanern als „Andenken“ erhalten hatte, abnahm und am späten Abend zerschlug.

Sicherlich ließen sich diese Beispiele von anderer Seite noch ergänzen, jedoch dürften sie genügen, um ein klein wenig den gegen uns erhobenen Einwand zu entkräften. Jedenfalls das eine steht fest, daß eine jede Handlung, mag sie nun von einzelnen oder organisierten Massen begangen werden, Konsequenzen in sich birgt, die sich jeder Vorausberechnung entziehen.

Jedoch ist von allen Mitteln, die man glaubt anwenden zu können, die Kriegsdienst- und Kriegsarbeitsverweigerung das erfolgversprechendste. Und wir sollten nicht vergessen: von selber wird nichts, tun wir also, was wir tun können. Wenn wir immer nur bedenken, könnte uns manches bedenklich erscheinen, was wir hinterher als Unterlassungssünde bereuen müßten. W. B.

Aus unserem Leserkreis

Zur Diskussion.

Es scheint mir, daß in mancher Frage noch nicht genügend Klarheit in unsere Reihen herrscht, so daß ich auch einiges sagen möchte, um das Vertragsproblem ergründen zu helfen. Es ist doch ein sehr trauriges Zeichen für freiheitliche Menschen, wenn über jede Sache, sei sie wichtig oder unbedeutend, sofort ein Zeter- und Mordgeschrei erhoben wird, um nicht nur die Idee als unsyndikalistisch zu stempeln, sondern auch einzelne Genossen gleich in Acht und Bann zu tun; es hagelt nur so von Ausschlüssen und dergleichen mehr. Man möchte die Genossen am liebsten gleich hängen, die es wagen, den Tatsachen näherzutreten, um es einmal zu erwägen, ob es revolutionär-syndikalistisch ist, sich in eine Schmollecke zu verkriechen und darüber zu philosophieren, wie der einst der Sozialismus aussehen muß, oder ob Revolutionäre schon heute verpflichtet sind, die Wirtschaftsverhältnisse zu beeinflussen, soweit dieses in ihrer Macht- und Einflusssphäre liegt.

Und tatsächlich ist es heute in der anarcho-syndikalistischen Bewegung so weit gekommen, daß sich tätige Genossen nicht mehr an die Öffentlichkeit trauen mit den Ideen, die sie im täglichen Kampf sammeln, wollen sie nicht Schmähen über sich ergehen lassen. Nun gibt es natürlich Genossen, die alles für sich als freie Menschen beanspruchen und zu erkämpfen versuchen, um auch in der Tat wie freie Menschen leben zu können, also auch keinerlei Furcht in sich haben, daß sie dereinst umfallen oder gar zu Verrätern an sich selbst sowie ihren Klassengenossen würden. Solche Menschen sind frei und laufen keine Gefahr, auch wenn sie mit dem Teufel selbst verhandeln müßten, um ihm ihre Lebensnotwendigkeiten abzutrotzen. Andere Genossen gibt es allerdings auch in unserer Organisation, die alles, aber auch alles ablehnen und verneinen, um ja nur „prinzipienrein“ zu bleiben, dafür zu sorgen, daß ja kein Punkt über dem i ausgelassen wird, wenn inzwischen auch Tausende ihrer Klassenbrüder von dem Moloch Kapitalismus mit Haut und Haaren verschlungen worden sind. Daß bei solch einer Kampfweise die Organisation zugrunde gehen oder aber ihr Leben nur als Blümchen „rührt mich nicht an“ im Verborgenen fristen muß, sollte doch jedem einigermaßen erfahrenen Menschen ohne weiteres einleuchten.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Organisation Leben ist und heißt, und daß eine revolutionäre Organisation in alle, aber auch in alle Fragen des täglichen Lebens einzugreifen hat, um das Wirtschaftsleben zugunsten der schaffenden Menschen zu ändern. Denn heute unter dem kapitalistischen System sind die revolutionären Organisationen berufen, zu kämpfen, um das System so schnell wie möglich zu beseitigen, im Sozialismus fällt ihnen eine andere Rolle zu!

Wären nun alle Genossen in der FAUD, von der Herrlichkeit und der Tiefe der anarcho-syndikalistischen Idee bis ins tiefste Innerste überzeugt, so dürften unter vernünftigen, freien Menschen doch nicht derartige Meinungsverschiedenheiten herrschen, die alles andere als freiheitlich, menschlich oder kameradschaftlich sind. Es müßte ein Geist in einer revolutionären Organisation zu finden sein, der alle Fragen zur Diskussion zulassen müßte, wo es keinen Hohn geben dürfte, sondern nur Belehren und Ueberzeugen.

Man wird doch nicht glauben, daß irgend-ein Kapitalist eine Organisation fürchtet, die nur philosophiert, schöne Ideen schmiedet — aber zum aktiven Kampf zu feige ist und diesen andern überläßt! Auch wird es wohl keine Menschen in unseren Reihen geben, die da glauben, daß man vielleicht durch schöne Ideen oder Reden die Wirtschaftslage eines Proleten bessern könnte. Auch wird man keine Anhänger dadurch werben, indem man sich immer vor die revolutionäre Brust schlägt, sonst alles Handeln ablehnt und es anderen überläßt. Die heutige betrogene und belogene Menschheit können keine Reden oder Ideale allein überzeugen, sondern nur Taten, die revolutionär sind und den schaffenden Menschen ihre trostlose Lage verbessern helfen. Das allein kann überzeugend wirken. Wenn die Fliesenlegergenossen und einige Textilarbeitergruppen sich ihren Einfluß durch lange, zähe Kämpfe errungen haben und nun, um nicht umsonst gekämpft zu haben, daran

gehen wollen, ihre Arbeitsverträge selbst abzuschließen und zu regeln, um nicht durch ihre Gegner dessen beraubt zu werden, was sie sicherstritten haben — jeder weiß es zur Genüge, wie die Zentralinstanzen mit dem Unternehmer paktieren, um ihren Einfluß zu erhalten und andere unmöglich zu machen —, so ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die syndikalistischen Genossen sich ihre erkämpften Positionen sichern, und das mit allen Mitteln, mögen sie heißen, wie sie wollen. Es kann da nicht mehr heißen: den Syndikalisten steht kein Recht zu, Tarife abzuschließen, sondern es muß heißen: die Syndikalisten müssen mit allen Mitteln versuchen, sich schon heute im Kapitalismus Geltung zu verschaffen, um als Organisation mitzubestimmen darüber, wie sich die Lebensverhältnisse des Proletariats zu gestalten haben, wenn wir wie Menschen leben wollen. Es hieß in einem Diskussionsartikel, man dürfe die Fliesenleger nicht mehr als Syndikalisten betrachten, weil sie den Unternehmer zu Lohnverhandlungen zwingen wollten, und es bestünde die Gefahr, daß auch wir dasselbe werden wie die Zentralgewerkschaften. Ich habe nun die Meinung, daß ich als freier Mensch überhaupt alles für mich dienstbar machen kann, und es ist ja unsere vornehmste Pflicht, dafür zu sorgen, die Lebenslage des schaffenden Volkes zu verbessern.

Demnach kann man also als vernünftiger Mensch nicht eine Sache ablehnen, die zur Verbesserung der Lebenslage des Proletariats dient. So stehen die Genossen auf einem ganz vernünftigen Standpunkt, wenn sie durch Vertragsabschlüsse ihre Lage verbessern. Und man sollte sich als Revolutionär überhaupt vor nichts fürchten, wenn man seiner eigenen Gesinnung nur sicher ist! Und wenn die Anarcho-Syndikalisten sich daran gewöhnen werden, überall mitzukämpfen, wo wir im Sinne unserer Ziele die Lage der Massen verbessern können, dann wird der Zeitpunkt da sein, wo wir eine Kämpferorganisation geworden sind, die durch Taten vorwärtsschreitet und dem Moloch Kapital immer mehr den Lebensfaden kürzt, bis er endlich ganz beseitigt werden kann.

Doch da wenden die Genossen ein, daß hierdurch die Möglichkeit entsteht, daß sich einige als Arbeitervertreter entwickeln werden, die dieselbe Rolle übernehmen wie die heutigen Zentralverbands- und Parteibonzen. Aber das kann durch Satzungsbestimmungen überhaupt nicht unmöglich gemacht werden, Genossen, daß auch in unsere Reihen sich Verräter einschleichen, die nur auf den Zeitpunkt warten, wo sie losschießen können, um ihre „soziale Frage“ auf einmal lösen zu können. Diese wird es immer geben, und nur die wachsame Wahrung des Föderalismus durch die Genossen selbst in den Gruppen schützt uns vor ihnen. Doch deshalb haben wir keine Ursache, ein kleiner philosophischer Diskutierklub zu bleiben, sondern da müssen wir in unseren Reihen gerade erst recht für neues Leben sorgen. Erst wenn wir so handeln, wird die Möglichkeit des Verrats in unseren Reihen aufhören, keine Stunde früher. Es ist für mich erwiesen, daß wir als revolutionäre Anarcho-Syndikalisten zu allen Tagesfragen positiv Stellung nehmen müssen, um durch die Tat den Menschen zu beweisen, daß mit aller Energie und allen Mitteln gekämpft werden muß, wenn unser Ziel einmal erreicht werden soll.

Als revolutionäre, freie Menschen dürfen wir überhaupt keine Hindernisse sehen, die wir nicht überwinden können, auch darf es keinerlei Meinungsverschiedenheiten für uns geben, ob wir praktische Arbeit leisten müssen, sondern immer und überall laßt uns eingreifen, um die ganze Gesellschaftsordnung nach unserem Ideal zugunsten aller Menschen umzugestalten. Es ist sicher eines Revolutionärs unwürdig, wenn er sich ein so schlechtes Zeugnis ausstellt, daß er immer nur Angst hat, ja nicht zu stolpern. Gerade hier sieht man, wie unfrei oft die Menschen noch sind, die sich vor allem fürchten. Unser Bakunin sagte uns deutlich, daß der Revolutionär immer und überall dabei sein muß, wenn er die Revolution gewinnen will, ja er muß den Teufel im Leibe haben! Das bedeutet also, daß er sich vor nichts zu fürchten hat. Es gibt keine Hindernisse für Revolutionäre! Begraben wir die Eifersüchteleien und Schmähen gegeneinander und zeigen wir durch Taten, daß wir keine toten, sondern wirklich lebendige Gewerkschaften sind, die Gegenwartsarbeit leisten können. A. J. K.

Internationale Arbeiterbewegung.

Verfolgungen von Revolutionären in Sowjetrußland.

Die andauernde Unterdrückung von Revolutionären, die anders zu denken wagen als die gegenwärtigen Machthaber, nimmt immer noch ihren Fortgang. Wir veröffentlichen hier die letzten Nachrichten, die wir aus Rußland erhalten haben:

Der freiheitliche Schriftsteller P. T. Kizliskoff ist in das Dorf Djameitza (im Uralsgebiet) verbannt worden. Die GPU hat in seiner Wohnung Haussuchung vorgenommen und mehrere Manuskripte (Novellen, Gedichte) und auch einen Brief von Romain Rolland beschlagnahmt.

Die junge Genossin Tatjana Gerasseva, die eine Strafe von drei Jahren abgesessen hat, ist für weitere drei Jahre nach Ksyl-Orda verbannt worden. Sie leidet an Schwindsucht, die durch die Inhaftierung noch

verschlimmert wurde. Nach einer neuen Krankheit würde sie laut Urteil des Arztes zum Krüppel.

Genosse Wladimir Egoroff, der aus dem politischen Gefängnis von Werchne-Uralsk entlassen wurde, ist zu drei Jahren Verbannung nach Turmene verschickt worden.

22 Genossen, die in Tobolsk verbannt waren, wurden noch weiter nach Norden verschickt. Unter den Verbannten befinden sich die Genossen Sascha Gomenik, der an Lungenschwindsucht schwer erkrankt ist und nun 300 Kilometer höher nach Norden in das Dorf Surtut (im Tobolsker Gebiet) verschickt wurde, und Irene Lossowa, die ebenfalls hochgradig an Schwindsucht erkrankt ist und in das Dorf Samarowo verschickt wurde.

Genosse Sergius Krassawine wurde für drei Jahre nach Obdorsk versandt. Zu drei Jahren wurden auch die Genossen Pria-

